



# Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 22. März 2021**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

## **49. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.  
Ende der Sitzung: 18.42 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 48. Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2021 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

### **Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.  
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.



# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 11.03.2021 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an StR. Peter Lehner betreffend Grünflächenfaktor Verf-015-W-12-2021

Sehr geehrter Herr Stadtrat Peter Lehner!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

Am 15. Juni 2020 wurde im Stadtentwicklungsausschuss der Entwurf einer Richtlinie zum Grün- und Freiflächenfaktor im Bauland präsentiert. Seither ist nichts mehr passiert, obwohl sie öffentlich immer wieder versichern, dass Sie ein derartiges Instrumentarium für die Beurteilung von Bebauungsvorhaben befürworten.

1. Warum wurde dieses Thema seither im Ausschuss nicht mehr weiter erörtert?
2. Warum gibt es noch immer keine beschlussfähige Version dieser Richtlinie?
3. Was haben Sie persönlich seither konkret unternommen dieses Vorhaben einer Realisierung näher zu bringen?
4. Wann rechnen Sie mit der Beschlussfassung einer solchen Richtlinie im Gemeinderat?

Bgm. Dr. Rabl: StR. Lehner wird diese Anfrage in der nächsten Sitzung des Gemeinderates mündlich beantworten.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Vzbgm. Silvia Huber betreffend Maurer-Deponie Verf-015-W-13-2021

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Silvia Huber!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Welche Entwicklungen in der Causa gab es in den letzten 12 Monaten? Welche Gespräche wurden mit den zuständigen Stellen im Land und Bund gesucht?
2. Ist inzwischen die Frage geklärt, ob die Stadt Wels als Verursacherin der Ablagerungen anzusehen ist? Ist sie zur Sanierung verpflichtet oder nicht?
3. Wurde der Grundbesitzer in der Zwischenzeit informiert bzw. das Gespräch mit diesem gesucht?
4. Falls nicht, warum nicht? Was spricht dagegen transparent mit den Betroffenen zu arbeiten?
5. Welche Maßnahmen wurden seitens der Stadt Wels insbesondere der zuständigen Stadträtin im Zusammenhang mit den Ausgasungen in den Kellern der AnrainerInnen bis heute getroffen?
6. Wenn keine Maßnahmen gesetzt wurden, warum nicht?
7. Wann wird die Stadt Wels ihrer Verantwortung gerecht werden?
8. Welche Kosten sind für die Stadt Wels zu erwarten, wenn die Altlast zu sanieren sein wird?
9. Wird die zuständige Stadträtin angesichts der offenkundigen Weigerung sich um eine Lösung der Sache zu kümmern, die einzig richtige Konsequenz ziehen und zurücktreten?

Vzbgm. Huber: Zu der an mich gerichteten Anfrage vom 11.03.2021 darf ich wie bereits im Gemeinderat vom November 2018 zunächst formalrechtlich darauf hinweisen, dass mir in meiner Eigenschaft als Umweltreferentin der Stadt Wels Zuständigkeiten nur im Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt Wels zukommen und nicht darüber hinaus.

Die von ihnen an mich gerichteten Fragen beziehen sich allesamt auf ein anhängiges Verfahren nach dem Altlastensanierungsgesetz und somit um Angelegenheiten des übertragenen Wirkungsbereiches im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung, die in Vollziehung der entsprechenden Bundesgesetze bzw. lt. Auftrag und nach Weisung des Bundes und des Landes zu erfolgen haben. In diesem Zusammenhang kommt mir - wie bereits ausgeführt - keinerlei Weisungs- und Handlungskompetenz zu.

Ergänzend erlaube ich mir auf die diesbezüglichen einschlägigen Bestimmungen nach dem Altlastensanierungsgesetz hinzuweisen. Nach § 13 Abs.1 hat der Landeshauptmann dem Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie Verdachtsflächen bekanntzugeben. Dieser hat zur Erfassung von Altlasten die bundesweite Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen im Zusammenwirken mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten und dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zu koordinieren und ergänzende Untersuchungen - soweit diese zur Prioritätenklassifizierung erforderlich sind - nach Maßgabe der vorhandenen Mittel durch den Landeshauptmann zu veranlassen. Dazu zählen auch Beobachtungen. Die aus der Erfassung gewonnenen Daten und Erkenntnisse sind an das zuständige Bundesumweltamt zu übermitteln und durch dieses zu verwerten.

In weiterer Folge sind aufgrund der Gefährdungsabschätzung festgestellte sicherungs- und sanierungsbedürftige Flächen als Altlast mit einer Verordnung im sog. Altlastenatlas auszuweisen. In der weiteren Folge hat gemäß § 14 des Altlastensanierungsgesetzes durch den zuständigen Bundesminister eine Prioritätenklassifizierung zu erfolgen. Diese Einstufung richtet sich nach dem Gefährdungsgrad und dem sich daraus ergebenden Maßnahmenumfang.

Gemäß § 17 Abs.1 leg.cit. ist der Landeshauptmann zuständige Behörde zur Entscheidung über die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung oder Sanierung von Altlasten, wobei dies auf Grundlage der diesbezüglichen Bestimmungen in den Materiengesetzen zu erfolgen hat.

Wie diese rechtlichen Ausführungen zeigen, kam und kommt mir daher im gesamten bisherigen Verfahrensgang – schon wie oben ausgeführt – keine Zuständigkeit zu.

Die Fragen 1. bis 8. beantworte ich daher wie folgt: Die Behörde ist am Zug, ich verweise nochmals darauf ich bin nicht zuständig, es handelt sich um ein anhängiges Behördenverfahren, Gespräche führen die Beamten. Diese sind im Dialog mit der Fachabteilung des Landes.

Antwort zu Frage 9: Nein. Ich bin sehr wohl an einer Lösung interessiert. Aber es handelt sich derzeit um ein reines Behördenverfahren, das abgewickelt werden muss.

GR. Mag. Teubl: Danke für das Verlesen von Gesetzestexten, das hätten wir allerdings auch selbst machen können. Die Fragen haben sich eigentlich nach eventuellen Aktivitäten der Stadt Wels bzw. im Speziellen des Umweltreferates gerichtet.

Bgm. Dr. Rabl: Herr Mag. Teubl, eine Zusatzfrage kein Co-Referat! Eine Frage ist eine Frage und keine Stellungnahme.

GR. Mag. Teubl: Während sie mich maßregeln hätte ich die Frage schon gestellt gehabt, Danke!

Bgm. Dr. Rabl: Das wäre schön gewesen.

GR. Mag. Teubl: Die Frage lautet: Hat die Stadt Wels irgendetwas in dieser Causa bisher getan, wenn auch nur ein Gespräch gesucht, ja oder nein?

Vzbgm. Huber: Noch einmal Herr GR. Mag Teubl: Das Umweltressort ist nicht zuständig. Die Fragen sind an die falsche Person gerichtet und ich verlasse mich auf die Gesetze und kommentiere keine laufenden Behördenverfahren.

Natürlich wird etwas gemacht, die Behörde ist damit beschäftigt und ich bitte sie einfach auch wenn wir im Wahlkampf sind sollten wir seriös arbeiten. Wir haben alle eine Verantwortung für die Stadt zu tragen, für die Bürger, die Finanzen und auch für das Image einer Stadt. Lieber Walter, wir haben im September 2021 eine großartige Veranstaltung – ich meine jetzt nicht die Wahl – sondern die Klimakonferenz. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn man aus wahltaktischen Gründen irgendwie alles zum Thema macht, alle Maßnahmen für Umwelt und Klima mies macht, das ist für mich Öko-Populismus und ich bitte dich einfach um seriöse Arbeit und bin gerne bereit mitzuhelfen.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR  
an StR. Peter Lehner betreffend Bodenversiegelung  
Verf-015-W-14-2021

Sehr geehrter Herr Stadtrat Peter Lehner!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

Die Firma Lutz hat vor kurzem auf einem als gemischtes Baugebiet (MB) gewidmeten Grundstück einen weiteren Parkplatz errichtet und dadurch eine großflächige Bodenversiegelung verursacht. Medienberichten zufolge haben auch Sie sich darüber verärgert gezeigt, aber die Verantwortung dafür beim Land Oberösterreich gesehen. Dazu ersuche ich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es keine Gesprächsbasis zwischen der Stadt Wels und dem Land Oberösterreich in Sachen Stadtentwicklung? Wenn doch, warum wurde hier dieser Einfluss nicht geltend gemacht?
2. Gab es tatsächlich im Rahmen des behördlichen Bewilligungsverfahrens keine Möglichkeit mehr diese großflächige Bodenversiegelung zu verhindern? Wenn ja, warum wurde davon nicht Gebrauch gemacht?
3. Wie viele Altwidmungen als Gemischtes Baugebiet (MB) gibt es in Wels derzeit?
4. Welche Maßnahmen gedenken Sie zu treffen, dass auf solchen Grundstücken hinkünftig keine großflächigen Bodenversiegelungen mehr möglich sind?

StR. Lehner: Ich darf einige Fragen beantworten, die wir in fast gleichlautender Form im letzten Ausschuss beantwortet und zu Protokoll gegeben haben. Also Mag. Teubl zum Nachlesen dann nicht nur im Gemeinderatsprotokoll sondern auch im Ausschussprotokoll.

Antwort zu Frage 1: Erstens gibt es eine herausragende Gesprächsbasis mit dem Land OÖ. Wir sind in exzellenten Austausch, wenn es Sachfragen betrifft. Es geht hier nicht um das geltend machen von Einfluss, sondern um eine rechtliche Beurteilung. Diese rechtliche Beurteilung wurde ursprünglich in der Stadt Wels anders getätigt als in Linz. Am Ende haben wir uns der Meinung des Landes natürlich anschließen müssen. Weil es die jüngere Meinung war im Sinne von entsprechenden Änderungen auf Basis des Landesgesetzgebers, welche zu dem Zeitpunkt, wo wir das behandelt haben, noch nicht zu berücksichtigen gewesen sind.

Antwort zu Frage 2: Es gab keine Möglichkeit. Es gab intensive Gespräche auch was das Pflanzen von Bäumen betrifft. Da gab es großes Bemühen – danke an die Mitarbeiter der Stadt Wels. Weitere Maßnahmen waren nicht möglich.

Antwort zu Frage 3: Ich verweise auf den Beschluss des Örtlichen Entwicklungskonzeptes. Hier gab es 2014 eine entsprechende Aufstellung. Es gibt in Summe 185,39 ha MB-Gebiet in Wels, es gibt davon eine Baulandreserve von 12,66 ha und im ÖEK einen errechneten Baulandbedarf von 18 ha. Ergibt sozusagen eine neuzuwidmende geplante Fläche von 5,34 ha, d.h. wir haben aktuell nicht so viel MB-Fläche, sondern immer noch einen Bedarf. Angebot und Nachfrage sind natürlich nicht immer flächendeckend. Aber im Grunde nach gibt es in Wels einen Bedarf und kein Überangebot.

Antwort zu Frage 4: Es gibt hier das entsprechende Baurecht und alle damit verbundenen Regelungen, auch was die Versiegelung und die Versickerung von Oberflächenwässern betrifft. Diese Regelungen und Gesetze werden in Wels strikt eingehalten, daher braucht es keine weiteren Maßnahmen.

GR. Mag. Teubl: Es gilt eine Regelung für flächen-, kosten- und energiesparendes Bauen. D.h. es gibt sehr wohl in der Stadt Wels die Absicht Bodenversiegelungen zu verhindern. Wenn ich mir diese Anfrage-Beantwortung zu Gemüte führe, dann heißt das, eigentlich können wir das nicht verhindern, weil wir keinerlei Handhabe haben, z.B. im Behördenverfahren Vorschriften diesbezüglich vorzunehmen. Habe ich das richtig verstanden? Wir können nichts tun und wir wollen eigentlich auch nichts tun um die Möglichkeiten, die wir haben, so zu verändern, dass Bodenversiegelungen in dem Ausmaß, wie die Firma Möbel Lutz das bei seinem Parkplatz praktiziert hat, in Hinkunft zu verhindern?

StR. Lehner: Walter, du hast es richtig angesprochen. Es gibt seitens der Stadt viele Bestrebungen, Wünsche und Anliegen Bodenversiegelung hintanzuhalten. Wenn es aber eine rechtliche Grundlage gibt - bei der entsprechenden Widmung ist das eine rechtliche Grundlage -, dann sind die Bauordnung und alle anderen Regelungen einzuhalten. Dort, wo wir einen Bebauungsplan erstellen, wird Rücksicht genommen im Bereich kosten-, flächen- und energiesparendes Bauen. Im Planungs- und Umsetzungsgebiet Möbel Lutz gibt es keinen Bebauungsplan und daher war es rechtlich nicht möglich andere Genehmigungsschritte zu setzen als die, die gesetzt wurden, nämlich das Bauvorhaben bzw. den Parkplatz zu genehmigen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Herrn Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend EnergieStadtkonzept Verf-015-W-15-2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

2013 wurde der 353seitige Endbericht des Projektes EnergieStadt Wels präsentiert. Die Zielerreichung und Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen sollten regelmäßig evaluiert werden. 2017 haben die GRÜNEN in einem Initiativantrag eine derartige Evaluierung gefordert. Seit kurzem liegt diese nun vor. Dazu ersuche ich Sie um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum enthält dieses Papier keine Vergleichszahlen, die die aktuelle Situation zur Zielsetzung des EnergieStadt-Projektes in Beziehung setzen und somit erlauben würden den Grad der Zielerreichung festzustellen?
2. Konnte das Ziel, den Endenergiebedarf für Wärme und Strom bis 2020 um 16 % zu reduzieren, erreicht werden?

3. Konnte das Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien am Endverbrauch bis 2020 um 34 % zu erhöhen, erreicht werden?
4. Konnte das Ziel, die lokal verursachten Emissionen bis 2020 um 16 % zu verringern, erreicht werden?
5. Konnte das Ziel, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs an der Mobilität von 58 % auf 40 % zu verringern, erreicht werden?
6. Konnte das Ziel, den Ökologischen Fußabdruck bis 2020 um 20 % zu verringern, erreicht werden?
7. Warum wird der wesentlich umfangreichere Entwurf der Evaluierung aus dem Jahr 2019 der Öffentlichkeit, aber auch den Gemeinderäten vorenthalten?

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr herzlich für diese umfangreiche Anfrage. Ich darf die Antworten gemäß den Fragen numerisch abarbeiten.

Antwort zu Frage 1: Es liegen keine aktuellen Vergleichszahlen vor.

Antwort zu Frage 2: Wir haben zwar Zahlen der eww ag und der Wels-Strom GmbH. Allerdings haben wir keine Angaben von externen Anbietern, weshalb wir aufgrund der fehlenden Datenlage dazu keine Aussage machen können.

Antwort zu Frage 3: Durch den Ausbau der Fernwärme (WAV) und die Inbetriebnahme des Kraftwerkes Traunleiten konnte der Anteil an erneuerbarer Energie wesentlich gesteigert und erhöht werden. Sie wissen vielleicht, dass die Privathaushalte der Stadt Wels aufgrund des Traunkraftwerkes inzwischen mit grünem Strom autark versorgt werden könnten. Wir haben aber keine Angaben zu privaten Solaranlagen, Wärmepumpen, Pelletsheizungen etc. Deswegen lässt die Datenlage hierzu keine genaue Aussage zu.

Antwort zu Frage 4: Die Datenlage lässt hier keine exakte Aussage zu, weil wir das nicht eruieren können.

Antwort zu Frage 5: Genaue Zahlen für den aktuellen Modal Split in Wels wissen wir nicht, weil die Mobilität alle 10 Jahre überhaupt erhoben wird. Die nächste Zählung ist im Jahr 2022, d.h. auch hierzu können wir leider keine Auskunft geben.

Antwort zu Frage 6: Ob wir das Ziel des ökologischen Fußabdrucks erreicht haben, kann ich ihnen ebenfalls dazu keine exakte Aussage geben. Weil auch hier wir die Datenlage von der ganzen Stadt Wels nicht haben. Das ergibt sich übrigens auch aus den oben bereits angeführten Anfrage-Beantwortungen.

Antwort zu Frage 7: Es handelt sich um einen Entwurf und einer Evaluierung der dortigen Datenbar und aufgrund der fehlenden Datensätze ist dies eigentlich nicht möglich. Wir haben uns daher darauf beschränkt lt. Beschlussfassung des Gemeinderates jene Bereiche zu evaluieren, wo es tatsächliche konkrete Beschlüsse im Gemeinderat gibt, so wie es dieser Amtsbericht auch vorgesehen hat. Das wurde aus meiner Sicht sehr umfassend und sehr detailliert beantwortet. Die anderen eventuell vorgesehenen Vorschläge wurden vom Gemeinderat gerade nicht beschlossen, weshalb es auch keine Verpflichtung der Stadt Wels gab diese Maßnahmen konkret umzusetzen und in der

Folge auch eine Evaluierung dieser Maßnahmen nicht seriös gewesen wäre, weil wir nicht wissen, was der Gemeinderat im Fall der Vorlage tatsächlich entschieden hätte.

Das ist ein bisschen das „Hätte – Wäre – Spiel“, weshalb wir uns seriöser Weise auf die Daten beschränkt haben und die Beschlussfassungen, die wir im Gemeinderat insgesamt fassten und nicht alle Vorschläge einarbeiteten, die von irgendeiner Arbeitsgruppe insgesamt erarbeitet wurden im Zuge dieses Projektes. Das ist der Grund und auf diesen Arbeitsauftrag haben wir uns auch beschränkt.

GR. Mag. Teubl: Es ist mir bei der Frage, ob der umfangreiche Bericht, der als Entwurf vor einem Jahr bereits vorgelegen ist, nicht darum gegangen welche Maßnahmen nicht umgesetzt wurden, sondern darum, dass in diesem Bericht sehr wohl prozentuell Zielerreichungs-Benchmarks sozusagen abgearbeitet wurden. Mit Ausnahme des Model-Mix beim Verkehr konnte hier sehr wohl offensichtlich die Datenlage ausreichen, um etwas zu sagen. Während sie sich jetzt und der Endbericht letztlich auch auf die Aussage zurückziehen, mein Name ist Hase – ich weiß von nichts, wir haben keine Daten, also können wir nichts sagen. Wie wollen wir das Ziel 2030 in Wels, wie auch auf höhere Ebene beabsichtigt, eine klimafreundliche Entwicklung zu erreichen, wenn wir jetzt gar nicht wissen, ob wir 2020, in jenem Jahr, wo wir ganz konkrete Zielsetzungen in einem EnergieStadtbericht seinerzeit festgemacht haben, nicht im Stande sind zu sagen, ob diese Zielsetzungen erreicht wurden.

Vzbgm. Kroiß: Herr Gemeinderat, was ist ihre Frage?

GR. Mag. Teubl: Die Frage ist, ob es irgendwann einmal eine tatsächliche Evaluierung gibt oder ob dieses Papier das letzte ist was ihnen einfällt zur Veränderung des Energiebedarfs bzw. der Klimamaßnahmen der Stadt Wels?

Bgm. Dr. Rabl: Dazu kann ich ihnen nur sagen und zitieren die Bundesparteiobfrau der SPÖ Rendi-Wagner, die sagte „die Richtung stimmt“. Auch für uns stimmt die Richtung, wenngleich wir nicht in aller Detailliertheit wissen welche Zahlen in der Zusammensetzung das Ergebnis richtig wiedergeben. Wir können das für die Stadt Wels sehr genau sagen, und zwar damit gemeint der Magistrat und Amtsbereich der Stadt Wels. Wir können es nicht für die ganze Stadt sagen. Ich erkläre es ihnen kurz anhand eines Beispiels: Wenn sich ein Privathaushalt eine Photovoltaikanlage anschafft, dann braucht es dazu nicht die Zustimmung der Stadt Wels. Wir wissen auch nicht wie groß diese Anlage ist bzw. welche Leistungskapazität diese Anlage hat. Wir wissen auch nicht welche Einsparung in Form von Energie wird hier tatsächlich erzielt und ob damit eine Ölheizung beispielsweise substituiert wird. Weil wir diese Daten einfach nicht haben. Wir können es also für die Stadt Wels, gemeint unser eigener Wirkungsbereich, sehr genau sagen was ist. Wir können es nicht für alle Bewohner und Liegenschaften dieser Stadt sagen, weil dieser Verwaltungsaufwand unverhältnismäßig und nicht machbar wäre. Das ist unser bestehendes Problem, weshalb wir sehr genau sagten was wir erreicht haben.

Wenn sie diesen Bericht genau gelesen haben – das haben sie ganz sicher – wissen sie, dass von den 32 beschlossenen Maßnahmen weit mehr als zwei Drittel erfolgreich umgesetzt wurden, wo wir konkrete, valide Daten haben, wo wir Sensationelles geschafft haben in der Stadt Wels, wo wir riesen Schritte in die richtige Richtung gemacht haben was den Umweltbereich betrifft. Darüber bin ich natürlich froh, weil das unfassbar viel Geld – Millionen Euro kostete. Alleine das Kraftwerk Traunleiten kostete 40 Mio. Euro, da

rede ich noch nicht vom Ausbau der Fernwärme als großes, umweltpolitisches CO<sup>2</sup> vermeidendes Projekt mit mehr als 15 Mio. Euro. D.h. riesige Investitionen, die wir als Stadt gestemmt haben auch aufgrund der Leistungen unserer Mitarbeiter und unserer Beteiligungsunternehmen und letztlich auch aufgrund der Leistungen des Gemeinderates, weil wir das hier beschlossen haben. Danke an dieser Stelle nochmals den Mitarbeitern, insbesondere im Technischen Facility-Management, die gerade was die CO<sup>2</sup>-Vermeidung und umweltschonendes, energiesparendes Bauen betrifft Herausragendes leisteten. Auch Peter Lehner als Baureferent legte immer großen Wert darauf, dass wir in diese Richtung energieschonend unterwegs sind und genau diese Klimaschutzziele, die sie fordern, auch tatsächlich einhalten. Weshalb ich glaube, dass wir als Stadt Wels genau am richtigen Weg sind und richtig viel Geld in die Hand nehmen. Ich bin mir sicher, dass sie zukünftig aufgrund des Ausbaues der Radwege in Wels begeistert Radfahren werden, weil wir immer noch weiterkommen. Auch StR. Klaus Hoflehner machte in dieser Hinsicht sehr viel und legte sein ganzes Herzblut in diesen Bereich. Da will ich noch gar nicht reden von Vzbgm. Huber als Umweltreferentin, die immer ein Herz für die Umwelt hat. Also, ich glaube wir sind am richtigen Weg.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

#### Mitteilungen des Bürgermeisters:

Terminverschiebung des September-Gemeinderates  
vom 27.09. auf 06.09.2021  
GRK-013-08-2021

Bgm Dr. Rabl: Wir haben die Sitzung des Gemeinderates im September 2021 vom 27.09. auf 06.09.2021 vorverschoben. Hintergrund ist, dass am Sonntag, 26.09.2021 die Gemeinderatswahlen stattfinden werden und es wenig Sinn macht, wenn wir am nächsten Tag eine Gemeinderatsitzung abhalten. Den Wahltermin weiß ich noch nicht so genau, gehe jedoch davon aus, dass die Wahlen spätestens am 26.09.2021 stattfinden werden. Vielleicht ist es auch eine oder zwei Wochen früher. Es macht jedenfalls keinen Sinn eine Gemeinderatsitzung so kurz nach der Wahl abzuhalten.

#### Statue „Venus von Wels“

Bgm. Dr. Rabl: Ich darf dann noch eine Richtigstellung vornehmen, weil es in einigen „Blasen“ zur Aufregung in der Stadt Wels sorgte, nämlich hinsichtlich der Bronzestatue „Venus von Wels“. Die Richtigstellungen beziehen sich darauf um welche Statue es sich hier handelt. Es liegt mir eine Stellungnahme von Frau Dr. Miglbauer vor, die sagt:

Bei der nunmehr in der Schmidtgasse Ecke Stadtplatz aufgestellten Bronzestatue der Venus handelt es sich um eine vergrößerte, originaltreue Kopie einer 15 cm großen Statue aus Bronze, die die Venus darstellt, wie sie gerade dem Bade entstieg ist. Mit der rechten Hand fasst sie eine Haarsträhne und in der linken hält sie einen Spiegel, von dem nur mehr der Griff erhalten ist. Die Figur ist ein Meisterwerk des Bronzegusses und

stammt aus dem 1./2. Jahrhundert nach Christus. Diese Originalstatue befindet sich in der Schausammlung des Stadtmuseums Minoriten. Sie wurde außerhalb der antiken Stadt Ovilava in der Gemeinde Gunskirchen gefunden und gehört wahrscheinlich zur Ausstattung eines römerzeitlichen Landgutes. Die im Jahr 1917 aufgefundene Figur wurde 1926 von der Stadt Wels angekauft. Die vergrößerte Kopie der Figur soll an die Bedeutung der Stadt Wels in der Römerzeit erinnern und zugleich auf die reichhaltige römerzeitliche Sammlung, die sich im Stadtmuseum befindet, hinweisen.

Jene Figur aus Zinkguss, die vielen Welsern noch von ihrem Standort in der Welser Messe bekannt ist, ist wesentlich größer, wurde in den frühen 40er-Jahren des 20. Jahrhunderts hergestellt und als Germania bezeichnet. Der damalige Künstler hat dabei eine freie Nachahmung dieser kleinen römischen Figur geschaffen. Sie ist in den Formen nicht deckungsgleich, sondern „in ihren Proportionen wuchtiger ausgeführt, um dem Zeitgeschmack zu entsprechen“.

Die aufgestellte Venus ist ein originalgetreuer 3D-Abdruck. Der 3D-Scan wurde übrigens von der Fachhochschule Wels professionell durchgeführt, weshalb es hier um völlig unterschiedliche Statuen geht. Das Ganze wurde im Stadtsenat behandelt, und zwar in der 66. Sitzung am 18.09.2018, wo auch die einzelnen Stadtsenatsmitglieder sich zu dieser Statue im Konkreten geäußert haben. Da scheint übrigens kein Hinweis darauf auf, dass man gegen eine Aufstellung dieser Statue ist – ganz im Gegenteil, es wurde begrüßt.

Das wollte ich nur kurz erwähnen. Zu dieser Statue habe ich einige Gratulationsmails bekommen auch von Mitgliedern dieses Gemeinderates, die der GRÜNEN-Fraktion angehören. Darüber freue ich mich ganz besonders.

## Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend die Errichtung eines Betriebsgebäudes Feuerwehr auf dem Areal des Zentralen Betriebsgeländes (ZBG); Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019  
Verf-015-I-5-2021

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Nachdem zur Dringlichkeit keine Wortmeldung erfolgt, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Schutz der öffentlichen Pflichtschulen und elementar-  
pädagogischen Einrichtungen der Stadt Wels vor pandemiebedingten  
Schließungen  
DI-Verf-015-I-7-2021

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag. Dazu liegt mir ein Abänderungsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet:

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion möge im Punkt 2. wie folgt abgeändert werden:

2. Der für Pflichtschulen zuständige Referent wird beauftragt den Schutz der öffentlichen Pflichtschulen (Volksschulen, Mittelschulen, polytechnische Schule) und elementarpädagogischen Einrichtungen der Stadt Wels vor pandemiebedingten Schließungen zu prüfen. Insbesondere soll geprüft werden:
  - ob Luftfiltergeräte für eine gesundheitlich relevante Minimierung der Virenkonzentration in der Atemluft in den Klassenzimmern und Gruppenräumen geeignet sind;
  - wenn ja, ob die Schulen mit derartigen Geräten ausgestattet werden können und welche Geräte zum Einsatz gelangen sollen;
  - wie hoch die Anschaffungskosten bzw. die Folgekosten für derartige Geräte für die Welser Pflichtschulen sind.

Bitte diesen Abänderungsantrag (Anlage 3) in die Diskussion mitaufzunehmen.

Nachdem zur Dringlichkeit keine Wortmeldung erfolgt, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Nutzungsgebühr für Schanigärten für das Jahr 2021  
DI-Verf-015-I-6-2021

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 4 beiliegenden Dringlichkeitsantrag. Dazu liegt mir ein Abänderungsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet:

Der Beschlusspunkt 3. des Dringlichkeitsantrages betreffend Festsetzung der Nutzungsgebühr für Schanigärten und den Tarif zur Nutzung der Marktflächen am Kaiser-Josef-Platz für 2021 vom 19.03.2021 soll dahingehend abgeändert werden, dass dieser wie folgt lautet:

3. Der Tarif für die Nutzung der Marktflächen am Kaiser-Josef-Platz gemäß der Marktтарifordnung wird für das Jahr 2021 mit € 0,-- festgesetzt.

Weiters soll ein 4. Beschlusspunkt in den Dringlichkeitsantrag mitaufgenommen werden, der wie folgt lautet:

4. Die Nutzungsgebühr für die Inanspruchnahme öffentlichen Gutes gemäß Artikel II Z.2 lit. b), c), d), g) und h) der Tarifordnung Inanspruchnahme öffentlichen Gutes (unter anderem Hinweisschilder und Plakatständer, Werbeaufsteller, Automaten, Personenwagen, etc.) am Kaiser-Josef-Platz von der Rainerstraße bis zur Bahnhofstraße für das Jahr 2021 wird mit € 0,-- festgesetzt.

Bitte diesen Abänderungsantrag (Anlage 5) in die Diskussion mitaufzunehmen.

Nachdem zur Dringlichkeit keine Wortmeldung erfolgt, wird sofort darüber abgestimmt.

Dem Antrag der FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

1.)

**vordringlicher** Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend die Aufnahme von Flüchtlingen aus Kara Tepe -  
Resolution an die Bundesregierung  
Verf-015-I-3-2021

GR. Mag. Teubl: Der Antrag liegt ihnen vor, er lautet Aufnahme von Flüchtlingen aus Kara Tepe. Seit inzwischen vielen Jahren leben auf griechischen Inseln unzählige Geflüchtete unter wirklich menschenunwürdigen Zuständen. Mit der Covid-19-Pandemie und vor allem seit dem Brand im Lager Moria in der Nacht auf den 09.09.2020 hat diese Krise nun einen neuen Höhepunkt erreicht. Mit der Evakuierung und der Übersiedelung auf Kara Tepe hat sich die Situation eher noch verschlechtert. Hier leben 7.500 Menschen, darunter 2.500 Kinder bei winterlichen Temperaturen in Zelten ohne adäquate Ernährung, ohne ausreichende Sanitäranlagen, also wirklich unter Bedingungen, die man für europäische Verhältnisse jedenfalls nicht mehr für möglich gehalten hätte. Man sollte meinen kein fühlender Mensch kann vor dieser humanitären Katastrophe die Augen verschließen. Und doch ist es so! Wir schauen zu wie diese Menschen langsam zugrunde gehen.

Kinder sind von diesen Verhältnissen ganz besonders betroffen. Letzten Donnerstag brachte z.B. die Zeitung Kurier einen Artikel, indem die Kinderpsychologin Glatz-Brubakk zitiert wurde, die im Auftrag der NGO Ärzte ohne Grenzen im Flüchtlingslager tätig ist. Sie berichtet dort von traumatisierten, von suizidgefährdeten Kindern und Jugendlichen, die von Albträumen geplagt werden, die von Panikattacken heimgesucht werden, die sich selbst verletzen, die nicht mehr sprechen oder völlig teilnahmslos in die Ferne starren.

Während sich inzwischen bereits zehn EU-Staaten bereit erklärt haben Kinder aufzunehmen, bleibt die österreichische Bundesregierung stur und verweigert bisher diese humanitäre Geste, obwohl zahlreiche Orte in Österreich die Bereitschaft zu deren Unterbringung erklärt haben.

Es ist leider eine Tatsache, dass die türkische ÖVP mit den einstigen Grundsätzen, die aus der christlichen Lehre abgeleitet wurden, völlig gebrochen hat und bisher gnadenlos verweigert, dass Österreich sich an dieser Aktion auch nur irgendwie beteiligt.

Wie sie wissen ist die GRÜNE-Partei in einer Koalition mit der ÖVP und sie können sich denken, dass wir nichts unversucht gelassen haben hier eine Änderung zu erreichen. Aber auch den Regierungsmitgliedern der GRÜNEN ist es bisher nicht gelungen den Koalitionspartner umzustimmen. Wir sind daher davon überzeugt, dass nur eines hilft – nämlich Druck von unten. Genau dazu wollen wir hier und jetzt auch von Wels aus ein wenig beitragen.

Daher richtet sich der erste Teil unseres Antrages an die Bundesregierung mit der Aufforderung sich dem Beispiel anderer EU-Staaten folgend an der freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland zu beteiligen. Eine Erhebung der Initiative Courage „Mut zur Menschlichkeit“ zeigte, dass es weit über 3.000 sichere Plätze in Österreich geben würde wo Menschen untergebracht werden könnten.

Darunter befinden sich viele Plätze für Kinder, für Jugendliche oder ganze Familien, die den gesetzlichen Bestimmungen z.B. für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen entsprechen und wo eine passende Infrastruktur vorhanden ist – Kindergärten, Schulen und ähnliches. Vielleicht hörten sie auch gestern in den Nachrichten entsprechende Aussagen der Organisation SOS-Kinderdorf. Es handelt sich also nicht bloß darum, dass hier Schlafplätze angeboten werden, sondern um ein nachhaltiges und umfassendes Angebot an die Bundesregierung.

Der zweite Teil unseres Antrages fordert aber auch uns hier in Wels zum Handeln auf. Wir wollen damit erreichen, dass der Gemeinderat heute seine Bereitschaft zur Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus Kara Tepe dokumentiert. Wir können ihnen versichern, dass dies auch durchaus der öffentlichen Meinung entsprechen würde. Wie sie wissen machen bereits seit Wochen engagierte Menschen aus verschiedenen sozialen Umgebungen - speziell aus kirchlichen Kreisen - mit Solidaritätscamp und Kundgebungen in unserer Stadt auf diese Situation aufmerksam und fordern, dass sich auch die Stadt Wels dazu bereit erklären soll Flüchtlinge aufzunehmen. Es wäre ein Akt der Humanität, der auch der Stadt Wels gut zu Gesicht stünde und ich ersuche sie daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

Bgm. Dr. Rabl: Prinzipiell sind die Mikrophone auf dem Podium für die Mitglieder des Gemeinderates vorgesehen, außer für die Berichterstatter. Bitte Andreas, wenn du die Mikrophone im Saal verwendest.

GR. Weidinger: In meiner Wortmeldung möchte ich sogleich auf den Antrag der GRÜNEN und gleichzeitig auf den TOP. 14 eingehen. Zu diesen Anträgen kann ich nur sagen, ich respektiere ihre Sicht der Dinge und verstehe ihr Anliegen. Sie haben vollkommen Recht, es gibt in den Flüchtlingslagern, sei es in Griechenland oder auf der Balkanroute, in der Türkei aber auch an den Grenzen der Flüchtlingsgebiete

erschreckende Bilder. Diese Bilder lassen niemanden kalt. Es gibt jedoch nicht nur tausende Menschen in den Flüchtlingslagern. Wir haben auch ca. 50.000 Menschen am Festland in Griechenland, ungefähr 50.000 Menschen in den Balkanstaaten und ungefähr 3,5 Mio. Menschen in der Türkei, die auf eine Einreise warten. Es gibt noch eine größere Anzahl von Menschen in Syrien, in Afghanistan, in den Nachbarländern. Wir haben weltweit ca. 70 bis 100 Mio. Menschen, die Flüchtlinge sind. Österreich wird in Europa seit Jahrzehnten als vorbildlicher Helfer gesehen für Menschen in Not. Der Silberfaden läuft nach dem österreichischen Rechtsstaatprinzip ab.

So verweist man einerseits auf die enormen Hilfeleistungen Österreichs im Zuge der großen Flüchtlingswelle 2015, aber auch auf die tägliche Hilfe für Schutzsuchende. Lt. Innenministerium wurden allein im letzten Jahr ca. 14.000 Asylanträge gestellt. Dazu kommen lt. Innenministerium bereits zugesicherte Rot-Weiß-Rot-Soforthilfen, etwa für Flüchtlinge in Griechenland oder Bosnien. Auch die seitens der EU ausgeschütteten Hilfsgelder – natürlich von Österreich kommend – sind zu erwähnen. Was aber derzeit fehlt ist der EU-weite Schulterschluss, den wir in Sachen Flüchtlingsbetreuung brauchen. Würde dieser Schulterschluss gelingen, würden uns die von ihnen angesprochenen Bilder aus Lesbos oder aus anderen Flüchtlingslagern erspart bleiben. Insofern haben wir von der ÖVP die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass die von ihnen erwähnten Menschen in den griechischen Lagern und in Bosnien bald unter besseren Bedingungen untergebracht sind, wenn uns gelingt das auf EU-Ebene zu lösen.

Sie werden mir recht geben, wenn ich sage, wir können nicht alle Hilfe suchenden Menschen aufnehmen. Wir wollen aber helfen. Die richtige Antwort ist aus meiner Sicht die Hilfe vor Ort. Sie werden jetzt sagen, das ist zu wenig, gerade wenn man diese Bilder sieht. Aber ich glaube es ist immer zu wenig, wenn man jemanden vorwirft er tut in dieser Angelegenheit nichts, wenn man einer Partei vorwirft sie agiere unmenschlich. Hören wir von anderen Ländern, dass sie unbegleitete Minderjährige aufnehmen, dann wird es auch zu wenig sein 50, 100, 1.000 oder 10.000 Kinder aufzunehmen. Sollten wir nicht zunächst einmal jene integrieren, die sich bereits in Österreich befinden?

Die SPÖ und die GRÜNEN sagen nun, dass das Vorgehen der Regierung menschenunwürdig sei, meine Damen und Herren. Der Landeshauptmann Doskozil (SPÖ) hat sich dafür ausgesprochen keine Flüchtlinge aufzunehmen. Ich habe ihnen dazu auch einen Presseartikel mitgebracht. Der Artikel ist vom 19.09.2020 in der Tageszeitung Österreich. „Doskozil gegen Aufnahme von Flüchtlingskindern aus Moria – Burgenlands Landeshauptmann und SPÖ-Chef Hans Peter Doskozil stimmt wieder gegen die Parteilinie.“ Er würde keine Flüchtlingskinder aus dem abgebrannten griechischen Lager Moria aufnehmen. Zitat von ihm: „Ich halte wenig von Einzelmaßnahmen, um sein soziales Gewissen zu beruhigen, um wieder zusehen zu können wie täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken.“- sagt Doskozil in der Sonntagsausgabe der Tageszeitung Österreich. „Man müsse endlich die Systemfrage beantworten“ meint er. „Wir sind heute keinen Schritt weiter als 2015, es muss endlich eine europaweite Lösung her.“ „Mit seiner Haltung steht Doskozil auf der sicheren Seite was die generelle Stimmung in der Bevölkerung betrifft.“ Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts unique research lt. PROFIL befinden 56 % der Österreicher, dass wir schon sehr viele Flüchtlinge aufgenommen haben und die Hilfe vor Ort besser sei. Laut einer Erhebung von unique research für die Zeitung Österreich sind 60 % der Bevölkerung dagegen Flüchtlingskinder aus Moria aufzunehmen.

Kleine Zeitung vom 22.12.2020: „Moria-Debatte um Flüchtlingsaufnahme für Doskozil scheinheilig“ – Der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil hat die Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen aus Lesbos als scheinheilig bezeichnet. „Vor Weihnachten zu sagen, wir holen jetzt die Kinder samt den Familien aus Griechenland, sei zu kurz gegriffen“ – wurde Doskozil in der Presse zitiert. „Das ist für mich Symbolpolitik, um sich sein soziales Gewissen zu beruhigen. Denn dadurch wird die Flüchtlingsproblematik nicht gelöst. Was ist mit den 50 und den nächsten 50 Flüchtlingen?“ – meint Doskozil – „Werden sie dann alle ohne Verfahren aufgenommen? Der Politiker, der die Aufnahme fordert, gilt dann als human und hat damit seine Aufgabe erledigt. Mitnichten hat er das damit nicht. Damit hat man als verantwortungsbewusster Politiker gar nichts erledigt.“

Liebe SPÖ-Fraktion, ich glaube ihr Landeshauptmann Doskozil hat Recht. Niemand will, dass bedauernswerte Menschen nachkommen, wenn es heißt Europa und Österreich nehmen Flüchtlinge auf. Was passiert, wenn wir 3.000 Menschen in Österreich aufnehmen? Ich glaube 3.000 andere Menschen kommen nach und fordern dasselbe Schicksal, nämlich die Aufnahme in Österreich oder in der EU.

Es tut mir leid, der Zugang erschließt sich mir nicht. Was passiert wirklich? 3.000 Menschen werden von Verbrechern geschleust. Die Menschen müssen ihr ganzes Hab und Gut verkaufen um die Schleuser-Preise zu bezahlen, werden an den türkischen Strand gekarrt und dort ihrem Schicksal überlassen. Sie nehmen ein Schlauchboot und versuchen in die EU überzusetzen. Sehr viele tausende Menschen sind schon ertrunken. Ich glaube auch, dass es in dieser Richtung leider Gottes weitergehen wird.

Wir brauchen eine EU-Lösung beim Thema genereller Umgang mit Flüchtlingen. Ja, unbedingt und dringend notwendig! So sollten die SPÖ- und GRÜNE-Fraktion entsprechend Druck machen in der EU.

Liebe Kollegen, ich denke wir leisteten in Österreich beim Thema Aufnahme von Flüchtlingen schon sehr viel. Man darf eines nicht vergessen: Wir haben seit dem Jahr 2015 so viele Flüchtlinge aufgenommen wie fast kein anderes EU-Land. Lt. dem jüngsten Integrationsbericht hat mehr als ein Viertel unserer Bevölkerung einen nicht-österreichischen Hintergrund. Unsere Bevölkerung half in den letzten Jahren massiv. Wir können jedoch momentan der Bevölkerung nicht zumuten hier mit uns diesen Schritt zu gehen.

Beim Thema Integration ist noch einiges zu tun. Schauen sie mir Wels an frage ich sie, glauben sie wirklich, dass wir in Wels zum Thema Integration alles im Griff haben? Schauen sie in die Kindergärten, in die Volksschulen und fragen sie die Lehrer und Kindergartenpädagogen zum Thema Integration. Schauen sie auch in die Welser Stadtteile und hören sie was die Menschen vom Miteinander der In- und Ausländer halten. Wir sollten einmal unseren Auftrag in Wels lösen. Beim Thema Integration sind wir noch lange nicht am Ziel angekommen. Das Thema Integration sollte zur Dauereinrichtung werden und wird uns noch sehr viel abverlangen.

Sehr geehrte Kollegen, deshalb kann ich nur sagen, ich verbeuge mich vor allen Menschen, die sich stark machen um Flüchtlinge zu retten und sie zu Hause aufnehmen wollen. Auch vor den NGOs habe ich Respekt und kirchlichen Institutionen bei diesem Thema, weil sie nicht nur für mich das gesellschaftliche Gewissen sind sondern auch

sichtbar machen welcher Spalt unter der Bevölkerung eigentlich wirklich noch immer vorhanden ist.

Wir als ÖVP Wels sehen es als unsere Verpflichtung den Menschen in Wels zur Seite zu stehen. Es gibt genügend Probleme zum Thema Asyl, Integration, Migration, denen wir uns zu stellen haben. Derzeit ist eine sehr große Krise zu bewältigen und wir können den Menschen in dieser Phase wirklich nicht zumuten für eine derartige Aufnahme Verständnis zu zeigen.

Aus den laufenden Kontakten mit der Österreichischen Bundesregierung ist zu erkennen die zuständigen Stellen sind sich der Dramatik in den Flüchtlingslagern bewusst und versuchen eine Lösung zu finden und damit eine Verbesserung der Situation herbeizuführen.

Es gibt bilaterale Gespräche auf EU-Ebene zwischen Griechenland, dem Balkan und anderen Ländern, um hier endlich etwas zu erreichen damit wir diese Bilder nicht sehen müssen. Deshalb rasche finanzielle Hilfe vor Ort, schnelle Verfahren im Asylwesen, Druck erhöhen auf die EU, weiterhin in Wels sichtbare Integrationsarbeit leisten. Wie schon erwähnt, Integration ist ein dauernder Prozess.

Die ÖVP Wels wird daher den Anträgen der GRÜNE- und der SPÖ-Fraktion nicht zustimmen. Das nicht, weil wir herzlos, unmenschlich oder verantwortungslos sind, sondern weil wir die Verantwortung für die in Wels lebenden Menschen übernehmen wollen.

GR. Hufnagl: Kollege Weidinger sagte, er setzt auf ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der EU auf Hilfe vor Ort. Dem würde ich eigentlich vollkommen zustimmen, bis auf eine Kleinigkeit - die ÖVP und Kanzler Kurz fordern das EU-Budget für Migration und Sicherheiten um 40 % zu kürzen. Im Prinzip fordert die ÖVP einerseits Hilfe vor Ort und mehr finanzielle Mittel usw., gleichzeitig fordert sie die Kürzung der Mittel für diese Hilfen. Also irgendwie passt das für mich nicht zusammen. In dieser Haltung seid ihr irgendwie schizopren, muss ich schon wirklich sagen.

Lieber Walter, nun zu deinem Antrag: Ja, absolute Zustimmung – natürlich müssen wir etwas tun und rasch was tun. Wir NEOS sind absolut dafür relativ schnell hier Hilfe zu leisten. In diesem Zusammenhang lese ich vor einen Antrag, der am 21.01. d.J. in den Nationalrat eingebracht wurde. Dieser lautete:

Die Bundesregierung wird aufgefordert Ländern, Städten, Gemeinden, kirchlichen Institutionen, Organisationen, wie SOS-Kinderdorf und der Zivilgesellschaft zu ermöglichen besonders notleidende Kinder und Familien aus den mittlerweile lebensbedrohlichen Zuständen in den Lagern auf den griechischen Inseln zu retten.

Dieser Antrag wurde von den NEOS eingebracht. Die SPÖ-Fraktion unterstützte diesen Antrag, leider die GRÜNE-Fraktion nicht. Ich verstehe man ist in einer Koalition, aber hier geht es auch um eine gewisse Wertehaltung, da muss man einmal Werte über seine Koalitionsräson stellen.

GR. Schäfer, BSc, MSc: 69 % - sehr geehrte Damen und Herren – so hoch ist der Anteil an Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache in den Welser Volksschulen bereits jetzt.

Tendenz jährlich um 3 % steigend. Auch im Elementarbereich sieht es nicht viel anders aus. In den sog. Hot-Spot-Kindergärten haben 98 % der Kinder Förderbedarf. Resultat aus diesen Tatsachen: 82 % aller Pflichtschüler in Wels können dem Regelunterricht erstens nicht folgen, zweitens verstehen nicht ausreichend Deutsch und drittens haben hohen Förderbedarf.

Das geht aus einer SPÖ-Arbeiterkammer-Studie hervor. Spricht man mit den Welscher Volksschullehrern, dann bekommt man wohl ein klares Bild von der Situation, nämlich dass diese Studie der Wahrheit entspricht.

Die gescheiterte Corona-Politik an den Schulen wird wahrscheinlich ihren Beitrag ebenfalls leisten, leider nicht in die richtige Richtung, sondern dieses Szenario wird es noch verschlimmern.

Ein Blick auf die Asylzahlen – Kollege Weidinger sprach dies vorher an: Im Jahr 2020 wurden mehr als 14.000 Flüchtlinge in Österreich aufgenommen. Man muss sich das einmal vorstellen, das ist ein Plus von satten 10 % im Vergleich zum Vorjahr. Zur illegalen Migration stehen natürlich keine validen Zahlen zur Verfügung. Man darf vermuten, dass diese noch viel höher sind.

Aus diesem Grund sagen wir von der FPÖ-Fraktion NEIN. Nein, wir haben eben keinen Platz für weitere Flüchtlinge hier in Wels. Aus unserer Sicht sollte es in unser aller Interesse liegen, dass wir die Probleme, die wir mit den bereits hier lebenden Menschen haben, lösen und nicht über die weitere Aufnahme von Flüchtlingen sinnieren. Deshalb werden wir diesem Antrag und dem Antrag der SPÖ-Fraktion (TOP. 14) nicht zustimmen.

Zum Schluss darf ich noch einen Dank aussprechen an die Kindergartenreferentin, denn sie ist diejenige, die es schaffte durch eine zielgerichtete, sachliche Sprachförderpolitik die sprachlichen Defizite in den Kindergärten zu verbessern und dieser negativen Entwicklung gegen zu wirken. Liebe Margarete, vielen Dank dafür.

GR. Hufnagl: Jetzt hörten wir, dass 82 % der Kinder in den Schulen Förderbedarf haben. Es ist spannend in einer Rede zu hören einerseits die Aussage, dass 82 % der Kinder Förderbedarf haben aber gleichzeitig den Dank an die Referentin, dass die Deutschförderklassen und die Politik so super sind. Also irgendwie passt für mich hier etwas nicht zusammen.

Es wird mit vielen Zahlen herumgeworfen, man sollte viele dieser Zahlen, z.B. wie viele Flüchtlinge oder wie viele Kinder in Österreich aufgenommen wurden, hinterfragen. Vor kurzem gab es die Geschichte, dass auch Bundeskanzler Kurz sagte 3.700 Kinder wurden 2020 in Österreich aufgenommen. In Wirklichkeit waren es 186 Kinder. Es wird mit vielen Zahlen herumgeworfen, die einfach nicht stimmen. Es wird mit falschen oder alternativen Fakten gearbeitet, anstatt dass man einen klaren und realistischen Blick auf die Daten wirft und sagt, was ist wirklich, was können wir wirklich leisten. Man könnte sich schon etwas leisten, wenn man nur wollte.

GR. Scheinecker, BA: Dass dieses Thema in diesem Gemeinderat keine Mehrheit findet, war der SPÖ- als auch der GRÜNEN-Fraktion klar. Ich finde es insofern amüsant, man fängt an mit Zahlen zu hantieren, wieviel Prozent vielleicht helfen würden, wieviel Flüchtlinge wir gerne aufnehmen würden, wie viele Personen gerne vor Ort helfen

würden oder sonstiges. Wir überlegen dann alle, zitieren einen Doskozil – der Sinn ist aber, das ist für mich das Grundlegende dahinter, wir helfen nicht vor Ort. Das stimmt einfach nicht.

2015 hatten wir eine Flüchtlingswelle, weil die Menschen einfach verhungert sind - deswegen machten sie sich auf den Weg. Die internationalen und nationalen Organisationen schlugen Alarm. Das kann man natürlich schlecht finden, nicht befürworten – in Wirklichkeit steht hinter jeder einzelnen Person in diesen Lagern eine Geschichte warum sie sich auf den Weg machten. Sicher nicht, weil sie gerne mit dem Schlauchboot im Mittelmeer ertrinken wollen.

Mir war bei Einbringung des Antrages bewusst er wird keine Mehrheit finden. Ich kenne auch Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Ehrlicherweise bin ich sehr enttäuscht, dass die GRÜNEN hier im Gemeinderat stehen und sagen, sie würden gerne eine Mehrheit haben und in der Bundesregierung dann auf einmal nicht mehr.

Es gibt unterschiedliche Zahlen. Z.B. 49 % der Bevölkerung wären laut aktuellen Umfragen für die Hilfe vor Ort. Das machen wir in einem viel zu geringen Ausmaß. Irgendwo ist gestanden, dass wir Kinderbetreuungseinrichtungen in Kara Tepe bauen, die gibt es bis jetzt nicht. Aber Kinder werden jetzt dort von Ratten angebissen, müssen deswegen gegen Tetanus geimpft werden, Kinder verhungern, Erwachsene sind knapp an der Grenze zum moralischen und tatsächlichen Aufgeben.

Wir bringen diesen Antrag ein, weil es Menschen in Wels gibt, die sagen wir würden gerne helfen. Es gibt diese großartige Initiative „Mut zur Menschlichkeit“, die sich in Österreich zusammenschloss und über 3.000 sichere Plätze anbietet. Es geht jetzt gar nicht darum, ob in das Nachbarhaus eine Flüchtlingsfamilie einzieht. Es gibt über 3.000 sichere Plätze, wo Menschen dahinterstehen, die jetzt schon sagen sie könnten jemanden aufnehmen.

Was wir hier beschließen wollen ist eine Resolution an die Bundesregierung zumindest diesen Gemeinden, die sich schon bereit erklärt haben jemanden aufzunehmen, die Möglichkeit dazu zu geben. Der Gemeinderat kann nicht entscheiden, ob wir Kinder, Familien, Erwachsene aufnehmen, aber es gibt Menschen, die dazu bereit sind. Es geht darum, dass wir aktiv Hilfe verwehren. Wir verwehren den Österreichern (49 %, die gerne helfen würden) diese Hilfe zu leisten. Das ist schon ein bisschen in unseren Hinterköpfen.

Wenn der Landeshauptmann Doskozil zitiert wird, finde ich das wunderbar. Herr Doskozil und ich haben so viele Verbindungen wie ich und der Bundeskanzler Kurz. Bis auf das Parteibuch haben wir sehr wenig gemeinsam. In der sozialdemokratischen Politik gibt es doch einiges was uns eint.

GR. Schäfer, BSc, MSc: Um die Zahlen klarzustellen. Herr Kollege Hufnagl, ich verwende in so einer Situation ein hohes Niveau der Quellen. Sehe ich mir meine Quellen durch, so ist die Arbeiterkammer die weniger vertrauenswürdiger Quelle. Also sie können durchaus darauf vertrauen, dass diese Zahlen richtig sind und dass wir uns in Wels darauf verlassen. Politik muss man auf irgendeiner Basis machen. Diese basiert auf Fakten und Zahlen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Die Debatte zieht eine Trennlinie, wie wir sie in der österreichischen Gesellschaft kennen. Das wurde bereits angesprochen und war nicht überraschend, wie sich diese auftut. Überraschend ist für mich auch nicht, dass man aus einer Diskussion, in der es darum geht Menschlichkeit zu zeigen, eine Allgemeindiskussion zum Thema Migration/Integration macht. Meiner Ansicht nach geht es darum aus einer kleinen Kugel einen großen Schneeball zu machen, um leichter zu argumentieren. Wer die Diskussion in den Schulen zum Thema Integration und Migration im Unterricht und ob Kinder im Unterricht mitkommen oder nicht ernsthaft betreiben würde, der würde mit uns gemeinsam eine tariffreie Ganztageschule beschließen. Alle Experten sagen relativ deutlich, das Einzige was wirkt in diesem Zusammenhang ist eine ganztägige Beschulung der Kinder, nur dann werden Dinge, die sich aus dem familiären Kontext ergeben, aufgehoben oder zumindest haben wir eine Chance, dass es aufgehoben wird.

Wer zum Thema Ganztageschulen nicht bereit ist das zu sehen, der argumentiert auf der anderen Ebene immer unwahr. Da geht es nicht um das Ergebnis, sondern es geht immer nur darum irgendwelche Argumente heraus zu zaubern. Die Zahlen sind alle richtig. Nur es wird schon wieder so getan, wenn ein Kind eine nichtdeutsche Muttersprache hat wird automatisch angenommen, dass dieses nicht die deutsche Sprache spricht. Diese Dinge hört man bei den Freiheitlichen immer wieder. Vor ein paar Tagen hatten wir den Internationalen Tag gegen Rassismus. Es ist ein Ansatz, der sich gegen die Menschen richtet wegen ihrer Herkunft. Wenn man das lange genug beobachtet, kann man das sehen.

Meiner Ansicht nach ist in dieser Debatte das Verlogenste, wenn sich vom Bundeskanzler herab bis zum Spitzenkandidaten der ÖVP, die ÖVP sich hierherstellt und Krokodiltränen verdrückt, weil ihnen die Kinder so leidtun. Das sind Krokodiltränen und sonst nichts. Es wurde schon angesprochen – gleichzeitig fliegt der Innenminister nach Griechenland, bringt Hilfsgüter hin, die jetzt noch immer im Lager verrotten. Voriges Jahr kündigten wir an, dass ein SOS-Kinderdorf aufgebaut wird und nichts ist passiert, weil es dort gar nicht möglich ist. Es geht um eine europäische Lösung. Die europäische Lösung, der Vorschlag war, dass jedes Land eine Handvoll Kinder aufnimmt. Das ist mit Österreich nicht möglich, weil wir eine rechtspopulistisch geführte Regierung haben und die GRÜNEN nicht Manns genug sind, um sich dagegen zu stellen. Das muss man ganz klar sagen. Die Kollegin Scheinecker sprach es schon an: Es ist ganz leicht heute im Gemeinderat einen Antrag zu stellen, aber den Mumm hättet ihr im Parlament haben können. Ihr habt in Thalheim einen Abgeordneten, der sehr wortgewaltig ist. Aber ich habe nichts gemerkt, dass er irgendetwas getan hätte. Also hier bekomme ich schön langsam auch den Zugang, dass ich mir denke, wem kann ich in dieser Frage noch irgendetwas glauben.

Wenn man sich einmal vergegenwärtigt die Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahrzehnte. In den 1990er Jahren mussten aus Ex-Jugoslawien ein paar hunderttausend Menschen fliehen und letztendlich sind auch einige in Österreich geblieben. Wir wissen es gibt hier Personen, die sich als Kinder sehr gerne helfen haben lassen von den sogenannten Gut-Menschen und nachher in Fraktionen arbeiten, die sich gegen diese Menschen richten.

Aber man muss sich einfach vergegenwärtigen, dass diese Flüchtlingswellen im Wesentlichen immer wieder eine Bereitschaft zur Aufnahme brauchten. Es war immer

schwierig. Es gab immer Auseinandersetzungen. Es gab immer Menschen, die sagten was tun denn diese? Letztendlich ist aber immer Österreich und auch Europa zu seiner Verantwortung gestanden. Wir haben gegenüber von Menschen, die sozusagen in einem Land leben, wo sie unterdrückt, ermordet werden eine Verantwortung. Es gibt internationale Verträge. Die Zahl ist richtig – 70 bis 100 Mio. Menschen sind weltweit auf der Flucht.

Diese Menschen sind in der Regel in Nachbarländern. Diese Nachbarländer sind nicht Länder, wo sozusagen in Wirklichkeit der materielle Wohlstand sehr verbreitet ist, sondern das sind Länder wo sie wirklich nur im Dreck liegen. In Bosnien und in Griechenland ist es so, dass derzeit (es ist Winter) die Menschen erfroren aus dem Wald gezogen werden, weil sie keine Unterkünfte haben, weil sich keiner darum annimmt. Das ist die viel gerühmte Hilfe vor Ort. Die gibt es nicht. Diese Hilfe vor Ort ist ein Gerücht. Die Kollegin Scheinecker sprach es an. Im Jahr 2015, als irrsinnig viel Menschen nach Europa kamen, hat man vorher über ein halbes Jahr oder noch länger die Hilfsgelder für die Flüchtlingslager zurückgefahren. Man hat dort den Schulunterricht eingestellt, man hat die Essensrationen gekürzt. Wo hätten denn diese Menschen hingehen sollen? Wer möchte denn nicht selbst, wenn er Kinder oder Enkelkinder hat sagen, dann mache ich mich auf den Weg und schaue wo ich mir helfen lassen kann, wo mir wer helfen kann.

Die Österreichische Bischofskonferenz, die Evangelische Kirche - alle sagen wir haben eine Verpflichtung. Das sind moralische Instanzen in unserem Land und ich kann euch nur ersuchen denkt einmal daran was sein wird, wenn in 30/40 Jahren eure Kinder, eure Enkelkinder euch fragen werden, was habt ihr getan als 10.000e Menschen umgekommen sind?

GR. KR. Schönberger: In unserer Fraktion gab es auch eine geteilte Meinung als die Anträge das erste Mal auf dem Tisch lagen. Aber eines kann ich ihnen schon sagen. Wir verhalten uns nicht so, dass wir sagen alle anderen haben Schuld, wir können eh nichts machen, schauen wir einfach weg und tauchen durch. So einfach kann man es sich auch nicht machen, wenn man mit unpopulären Anträgen wie diesen konfrontiert wird. Das ist kein Ding, welches man in Wels gut verkaufen kann. Das ist mir klar.

Wir haben einen hohen Anteil an nichtösterreichischen Zuwanderern bei uns in Wels. Wir haben viele Probleme. Die letzten Wahlen spülten den einen oder anderen Wähler auf den Stimmzettel, die große Erwartungen hatten, dass hier schnelle Lösungen vor sich gehen. In Wels gab es überhaupt keine Lösungen, sondern es ging genauso weiter wie bisher. Man nimmt die Arbeitskräfte dankbar an, verpflichtet sie ums billige Geld zu Arbeiten und Arbeiten zu tun, die sonst kein Österreicher tun will. So ist die Realität. Die Arbeitskraft als solche wird gesucht, z.B. 24-h-Pfleger, welcher bei Beginn von Corona ein großes Thema waren. Da ist es alles Recht. Aber es kann doch keiner im Gemeinderat sagen es ist ihm egal, wenn die Kinder wie die Fliegen wegsterben. Es kann doch keiner sagen die EU muss sich darum kümmern und sich dann hinsetzen und sagen, die SPÖ soll sich im EU-Parlament dafür bewegen und was zusammenbringen. Fragen sie einmal den Kollegen Haböck. Der wird ihnen vielleicht sagen, dass die Christdemokraten dort die Mehrheit haben, also die Schwarzen, darum ist auch die Frau von der Leyen die oberste Chefin.

Soviel ich weiß ist bei den Treffen der Regierungschefs nicht Frau Rendi-Wagner sondern ein gewisser Herr Kurz unterwegs, der dort mitbestimmen und mitreden kann.

Wir sagten wir möchten eine Resolution auf den Weg bringen damit diese Dinge angesprochen werden, damit mehr oder minder auch EU-weit geholfen wird.

Sie haben die größte Fraktion bis hin zum Orbán, der letzten Endes auch bei den Schwarzen angesiedelt ist - glaube ich - und noch immer nicht rausgeschmissen wurde. Und trotzdem sagen sie im Gemeinderat mit ihren Mehrheiten, die sie im Parlament haben, mit ihren Mehrheiten, die sie in der EU haben, die Oppositionsparteien sollen sich um Lösungen bemühen. Also noch ärger geht es nicht! Noch ärger geht es noch von den GRÜNEN – das stimmt schon. Diese stellen sich hier her und sagen wir sind so hilflos in Wien, dass ihr uns hier mit Anträgen aus allen Orten Österreichs unterstützen müsst, dass die Schwarzen uns ein wenig zuhören.

Aber das Problem an unseren Schulen und Kindergärten besteht. Und wenn man schon auf das eingehen möchte, warum sind dort 69 % Kinder nichtösterreichischer Muttersprache? Dann muss man sich fragen hat das vielleicht mit dem etwas zu tun, warum die Österreicher so wenig Kinder haben? Dass das Kinderkriegen in Österreich vielleicht unattraktiv ist? Hat das vielleicht auch damit zu tun, dass die erste Schwarz/Blau-Regierung herging und sagte, wir machen bei den Frauen eine lebenslange Durchrechnung bei der Pension? Also jede Frau, die durchschnittlich rechnen kann, sagt, wenn ich mehr als zwei Kinder habe, dann geht sich nicht mehr aus, dass ich eine Pension über 1.000 Euro erhalte, wenn ich mich um meine Kinder kümmere. Das sind die wirklichen Probleme, dass man das Kinderkriegen in Österreich unattraktiv machte. Das ist alles unter der Federführung der ÖVP passiert. Da muss man einfach sagen, nehmt euch endlich bei der Nase und steht euch nicht immer aus der Verantwortung. Das wäre einmal wichtig.

GR. Wiesinger: Meine Wortmeldung richtet sich an StR. Reindl-Schwaighofer. Wenn hier im Gemeinderat Wörter wie „verlogen“ fallen, ersuche ich den Herrn Bürgermeister als Vorsitzender einen Ordnungsruf oder sonstiges auszusprechen. Ich weiß nicht, ob alle wissen, was verlogen heißt. Verlogen heißt: „Immer wieder lügend, heuchlerisch, unaufrichtig, betrügerisch und boshaft“. Wenn du das unserem Spitzenkandidaten im Gemeinderat der Stadt Wels vorwirfst, ersuche ich dich jetzt bitte das zurückzunehmen. Das ist nicht zu dulden! Herr Bürgermeister, bitte auch in der Vorsitzführung darauf zu achten.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr. Ich ersuche generell die Debatte sachlich abzuführen. Es ist unnötig, dass man wechselseitig sich mit Adjektiven, die aus unserer Sicht in diesem Saal nichts verloren haben, beschimpft oder sich in diesem Zusammenhang etwas zuwirft. Danke für diese Klarstellung lieber Markus.

GR. Haböck: Noch eine kurze Klarstellung, weil ich angesprochen wurde und aus Europa berichten darf. Die zuständige Kommissarin ist eine Sozialdemokratin. Die Länder, die gegen eine Flüchtlingsaufnahme aus Moria sind, sind Finnland, Spanien, Dänemark, Schweden, welche sozialdemokratisch regiert werden. Dieses Bild einer rechts-populistischen Regierung würde natürlich bedeuten die GRÜNEN sind entweder rechts oder populistisch. Das scheitert daran, dass fast alle sozialdemokratisch regierten Länder und die sozialdemokratisch besetzte Kommission in der aktuellen EU-Kommission dagegen sind.

Die ÖVP hat eine Mehrheit, aber keine absolute Mehrheit im EU-Parlament. Auch die sozialdemokratische Fraktion ist hier sehr gespalten und gegen eine Aufnahme. Finnland - das liberale Musterland - möchte 11 unbegleitete Minderjährige aufnehmen. 11! Sie glauben wirklich das Flüchtlingsproblem wird sich dadurch lösen?

Weil hier immer so gesagt wird die ÖVP tut nichts und findet nur große Worte: Im Gegensatz zu manch anderen hier unterstütze ich sehr wohl Flüchtlingskinder, nicht in Griechenland aber in anderen Kriegsregionen persönlich. Also ein bisschen vom hohen Ross herunterkommen und nicht nur die reine Parteipolitik spielen!

GR. Ing. Stojanovic, BSc: Ja, es gibt seitens der GRÜNEN und der SPÖ ein breites Bündnis Flüchtlinge aufzunehmen, doch es gibt auch auf der anderen Seite ein Bündnis, welches klar sagt, nein wir wollen in Wels keine weiteren Flüchtlinge haben. GR. Schäfer und einige anderen Kollegen haben es bereits angesprochen: 2015 hatten wir sehr viel Asylanträge in Österreich. Damals war der Höchstwert mit über 88.000 Flüchtlingen.

Allein letztes Jahr – ich wiederhole für Herrn GR. Hufnagl die Zahlen gerne noch einmal – nahmen wir lt. Statistik Austria über 14.000 Flüchtlinge auf. Eine Zahl, die wirklich viel aussagt. Wir nahmen in Österreich in den letzten Jahren viele Flüchtlinge auf, auch europaweit waren wir federführend. Doch wir müssen jetzt an unsere eigene Bevölkerung denken. Seit einem Jahr besteht ein Zustand im Land geprägt von der Pandemie, wo es in unserer Gesellschaft wirtschaftlich bergab und unserer Bevölkerung schlecht geht. Dadurch müssen wir wirklich auf unsere Bevölkerung schauen und sich um diese kümmern.

In Wels gibt es eine große Anzahl an Migrationsbevölkerung, wo wir auch hier Probleme lösen und Lösungen anbieten müssen, um diesen Menschen zu helfen in Österreich anzukommen, die Sprache zu lernen, Rechte und Pflichten unseres Landes anzunehmen. Hier möchten wir sagen, wir wollen keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen. Auch aus dem Grund, weil wir sagen in Bosnien gab es letztes Jahr einen Fall, wo die Flüchtlinge wegen Aggressionen die Unterkünfte dort in Brand gesetzt haben. Ich möchte wirklich nicht solche aggressiven Flüchtlinge zu uns nach Österreich bringen.

GR. Scheinecker, BA: Niemand hätte gerne irgendwelche Personen, die Häuser anzünden. Viele von uns haben kleine Kinder. Wir alle denken uns bei der Erziehung wir wollen gerne, dass es gute Menschen werden, deshalb behandeln wir sie gut. Wir wollen gerne, dass sie hilfsbereit werden, deshalb leben wir ihnen das vor. Jetzt stelle ich mir schon die Frage, was genau leben wir den Kindern vor und wie sollen diese einmal Menschen werden, die nicht irgendetwas anzünden, weil sie nichts anderes kennen als dass sich die Kinder schon überlegen, ob sie sich nicht umbringen, weil das Leben keinen Sinn mehr hat? Wie können aus diesen vielen Kindern verantwortungsbewusste, solidarische, choragierte Menschen werden, die einen Beitrag für die Gesellschaft leisten, wo auch immer sie dann leben möchten?

Wir reden immer nur von Asyl, wir reden nicht von einer dauerhaften Aufnahme. Wir reden von einer adäquaten Unterbringung während des Asylverfahrens. Sie haben dort kein dauerhaftes Bleiberecht. Sie sind mitten im Asylverfahren. Es ist eine moralische Frage, das ist mir schon klar. Wie sollen diese einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, wenn sie nichts davon mitbekommen was eine solidarische Gesellschaft sein könnte. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Wenn man hier so manchen Rednern zuhört, fühlt man sich durchaus erinnert an eine Nationalratssitzung. Das Thema möchte ich ansprechen – wir sitzen hier im Gemeinderat der Stadt Wels – nur zur Erinnerung mancher – und gewisse Themen sind aus meiner Sicht hier fehl am Platz. Der Gemeinderat hat gar keine Möglichkeit, abgesehen von einer Botschaft nach Wien, irgendetwas zu verändern.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Welser Verhältnisse eingehen und einmal die Frage stellen, was bedeutet das für die Stadt Wels? Diese Frage sollten wir uns alle stellen, wenn wir eine derartige Forderung erheben. In Wels haben wir ohne Zweifel massive Integrationsprobleme, die sich in allen Lebensbereichen sichtbar machen. Das beginnt beim Kindergarten, wo die Deutschkenntnisse nicht nur nichtösterreichischer Staatsbürger, sondern auch der Kinder der österreichischen Staatsbürger höchst mangelhaft sind. 30 % der Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft sprechen nicht ausreichend Deutsch und verstehen im Kindergarten nichts. Übrigens diese Kinder haben meist Migrationshintergrund, weshalb es keine Frage der Staatsangehörigkeit ist, sondern eine Frage des Elternhauses und was zu Hause auch vermittelt wird. Deshalb die Forderung der Kindergartenreferentin, dass man die Eltern auch mehr in die Pflicht nehmen muss, die Forderung nach einem zweiten Kindergartenpflichtjahr für all jene, die über keine ausreichenden Sprachkenntnisse verfügen aus meiner Sicht eine völlig richtige Forderung und ein richtiger Schritt.

Das erstreckt sich dann auf die Schulen. Die Brennpunktschulen in Wels sind natürlich ein Problem, wenn in den ersten Klassen nicht ausreichend Deutsch gesprochen wird und die Kinder dem Unterricht nicht folgen können. Wenn dieser Prozentsatz schon weit über 60/65 % liegt, dann ist das natürlich eine bedenkliche Entwicklung. Dieses ständige rosarote Märchenbuchdenken, das die Kinder voneinander Deutsch lernen, ist schon weit hergeholt, wenn wir überlegen, dass in manchen Klassen überhaupt nur mehr ein Kind sitzt, das ausreichend Deutsch spricht um dem Unterricht zu folgen. Da stelle ich mir die Frage, von wem soll denn da wer was lernen im Konkreten? Auch mit diesen Problemen müssen wir uns auseinandersetzen und diese Dinge sollen bei der Frage miterörtert werden.

Wir haben Probleme im Zusammenleben in einzelnen Vierteln, die uns massiv beschäftigen. Wir haben Probleme, dass unsere Wertegemeinschaft bei vielen einfach nicht anerkannt wird. Das betrifft übrigens auch die Gleichstellung von Mann und Frau in unserer Gesellschaft. Das ist ein Problem, welches wir angehen müssen und wo wir auch darüber offen sprechen sollten. D.h. nicht bei all den Problemen, die ich jetzt schildere, da wir das sonst nicht hätten. Es tritt halt unverhältnismäßig oft auf.

Wir haben Probleme in der Arbeitslosigkeit, in der Bildung, aus meiner Sicht auch soziale Probleme in diesem Zusammenhang. Wenn jetzt die GRÜNEN einen derartigen Antrag stellen – das ist ja ihr gutes Recht – dann stelle ich mir die prinzipielle Frage, ob das nicht ein bisschen scheinheilig ist? Weil man auch von Seiten der GRÜNEN getauscht hat die Macht gegen die Prinzipien. Das ist ja legitim, nur soll man sich dann schon dazu bekennen und sich nicht im Nachhinein herstellen und so tun als hätte man mit dem was in Wien passiert überhaupt nichts zu tun und muss jetzt Druck an der Basis machen. Also man soll sagen was im Koalitionsübereinkommen enthalten ist - das hat halt gelautet „in

Integrationsfragen kann man unterschiedlicher Meinung sein, da gibt es auch keinen Koalitionszwang“ – also es wäre auch kein Problem der GRÜNEN gewesen mit dem Antrag der Sozialdemokraten und der NEOS mitzustimmen.

Generell bin ich froh, dass in diesem Gemeinderat auch die Fronten einmal entsprechend geklärt sind. Die SPÖ verlangen mit den GRÜNEN und den NEOS eine Mehraufnahme an Ausländern auch für Wels. Das ist ja in Ordnung, das ist eine Position, die kann man vertreten. Aber dann weiß die Welser Bevölkerung wenigstens wo die Position eins liegt, das ist sozusagen von mir aus gesehen die linke Seite. Dann gibt es eine andere Position, das ist von mir aus gesehen die rechte Seite, die sagt ganz klar, wir wollen das nicht.

Aus meiner Sicht haben wir ohnehin die Möglichkeit jetzt in knapp einem halben Jahr zu wählen und dann soll die Bevölkerung sagen was sie will. Das ist für Wels natürlich eine immanent wichtige Frage. Welchen Kurs will die Stadt Wels in Zukunft gehen? Wollen wir also Asylwerber aufnehmen? Ich kann mich erinnern es gab einmal das Vorhaben ein Erstaufnahmezentrum für Asylwerber in Wels umzusetzen. Das haben wir beim Verfassungsgerichtshof erfolgreich bekämpft. Geworden ist daraus aufgrund der freiheitlichen Handschrift eine Polizeischule. Dafür danke ich jetzt noch dem damaligen Innenminister in diesem Zusammenhang. Das ist etwas, was tatsächlich einen Mehrwert für die Stadt Wels brachte. Aber es sind die Fronten geklärt, jeder weiß wofür er steht. Dafür bin ich in diesem Zusammenhang dankbar.

Wir sollten ganz klar sagen, mit Menschlichkeit hat das nichts zu tun, lieber Johnny. Sondern es hat etwas mit Machtpolitik zu tun und die GRÜNEN haben die Prinzipien halt für diese Machtpolitik an den Nagel gehängt. Menschlich ist es im Übrigen auch nicht, wenn man soziale Probleme verschärft. Menschlich ist es auch nicht, wenn man Integrationsprobleme verschärft oder Probleme im Wohnbereich. Das alles ist nicht menschlich.

Dieses ständige Zurückziehen auf eine moralische Position hat in dieser Debatte eher wenig verloren. Wir sollten alle darauf achten was wir für diese Stadt wollen. Ich möchte für diese Stadt, das sage ich ganz klar, die Integrationsprobleme in den Griff bekommen. Da werden wir noch Jahrzehnte daran arbeiten müssen, dass wir das schaffen. Es gibt noch ganz viel zu tun in diesem Zusammenhang. Im Übrigen wird uns das noch Millionen Euro kosten. Bevor wir hier zu einer Verschärfung dieser Probleme übergehen, indem wir neue aufnehmen, sollten wir uns darum kümmern, dass die Welserinnen und Welser, die da sind, die diese Defizite im Sprachbereich, im Bildungsbereich, im Arbeitsbereich etc. haben, ausgeglichen werden. Vorher bin ich dagegen, dass es hier zu einer Neuaufnahme kommt. Ich ersuche sie dies in ihren Überlegungen miteinbeziehen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Ganzert: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, es ist eine gewisse Gepflogenheit von dir abzuwarten bis jeder etwas gesagt hat. Dann gibt es einen General-Sanktus von dir. Du sagst wie es ist und sagst, jetzt habt ihr mich alle gehört. Jetzt könnt ihr mich alle niederstimmen, nachdem Mag. Walter Teubl noch die Möglichkeit hat als Berichterstatter das Schlusswort zu fassen.

Das möchte ich dir gerne mit dieser Wortmeldung nehmen, weil ich glaube du widersprichst dir durchaus selbst. Du sprichst natürlich so wie oft nur Halbwahrheiten an oder manche Sachen nicht vollkommen, indem du hergehst und beispielsweise von einem Asylaufnahmезentrum sprichst. Über die damaligen Umstände wird nie gesprochen. Es ging um eine Verteilungsgerechtigkeit. 2015 sagte man, wenn jede Gemeinde das macht, dann haben wir das erreicht. Das sind alles viel größere Ideen als du sie hier darstellst und du einfach nur dieses leichte Bild zeichnest „Asylerstaufnahmезentrum – Nein, Polizeischule – Ja“. Das ist vielleicht in der FPÖ-Logik so leicht, aber in der tatsächlichen, voller Herausforderungen stehenden Welt ist es nicht so leicht.

Du sprichst zu Recht die Probleme in unserer Stadt an. Das sind Arbeitslosigkeit, soziale Fragen, Bildungsfragen. Jetzt frage ich mich, wer ist denn seit fast sechs Jahren Bürgermeister? Wer hat seit fast sechs Jahren hier die Mehrheit? Wer bringt welche Anträge ein?

Wir stimmen zu, es gibt viele Probleme in unserer Stadt. Es gibt Stadtteile mit vielen Bildungsfragen etc., mit großen Herausforderungen. Fangen wir mit der Bildung an, wie bereits von StR. Reindl-Schwaighofer ausgeführt: Gibt es eine Kindergartenstrafgebühr? Gibt es Gebühren was die Bildungseinrichtungen generell betrifft? Wir brauchen nur die Budgets, die wir gemacht haben, anschauen. Wir hatten eine eigene Dienststelle für Integration, wir hatten budgetmäßig sehr harte Auseinandersetzungen, wie man das auch immer interpretieren möchte und es hineinrechnet, es gibt aber auch einen Fokus, auf den man etwas legen kann.

Du redest sehr gerne von vielen Dingen, insgeheim ist es wahrscheinlich eine Freude für die FPÖ, wenn etwas nicht gelingt und man sich dadurch erhofft, dass jemals in den Himmel gewachsene Bäume weiterhin auf der Höhe bleiben.

Man lenkt ab von diesem generellen Antrag und man zeichnet wiederum ein Bild, welches komplett falsch ist. Nämlich links und rechts, mehr Ausländer – Ja! Nein, nicht mehr Ausländer – Ja! Es geht hier um eine komplett andere Frage. Es ist sehr wohl dem Gemeinderat der Stadt Wels gestattet sich mit moralischen Themen auseinander zu setzen. Ich glaube, wir sollten den Anspruch an uns selbst haben. Aber diese einfache Aussage, SPÖ, GRÜNE, NEOS – deren Parteiprogramm ist mehr Zuzug für Wels und die Aufnahme von Flüchtlingen in Wels per sé ist komplett aus der Luft gegriffen und falsch. Liest man sich den Antrag oder lauscht man dieser Debatte, dann hört und weiß man worum es darin geht. Wer hört diese Bilder, wie Kanzler Kurz immer sagt, diese grauslichen Bilder, ohne die es denn nicht gehen wird, der sagt, dass uns das zum Handeln aufzwingt. Aber das, was wir eigentlich die letzten fünf Jahre und darüber hinaus hier mit Anträgen gefordert haben, das war die Lösung der Probleme, die du vorhin aufgezählt hast. Soziale Fragen, Bildungsfragen, Fragen der Arbeitslosigkeit – so viele Vorschläge, die von uns kamen, wurden einfach in den Ausschuss verwiesen oder abgelehnt. Dieser Debatte muss man sich ehrlich stellen und sich nicht hinter Scheinargumenten verstecken.

GR. Dr. Csar: Diese Diskussion hat für mich ein paar Besonderheiten. Zuerst war es ein bisschen peinlich Herr Kollege Mag. Teubl, dass du deinen Platz nicht freigemacht hast, als Kollege Weidinger auf das Podium ging. Das hat es bis jetzt noch nie gegeben, das Fremdschämen hat sich für mich wirklich hineingesetzt. Es war mir peinlich bis

dorthinaus. Bis jetzt war es usus, wenn man eine längere Ansprache hält, dass man den Platz frei macht, damit das Rednerpult zur Verfügung steht. Du hast es gebrochen, aus welchen Gründen auch immer. Es soll so sein, es ist dein gutes Recht. Aber es war peinlich genug. Wie im Kindergarten bin ich mir vorgekommen.

Zweitens bezeichneten die NEOS die ÖVP-Partei als schizophren. Lieber Markus, das hat mich erstaunt, insbesondere dein von dir gespannter Bogen von der Stadtpolitik zur Landespolitik, zur Bundespolitik. Du würdest Augen machen, wenn wir jetzt über die NEOS in Linz reden würden. Ich glaube du würdest schizophren dort sicherlich auch verwenden – aber lassen wir das Thema, wir sind in der Stadtpolitik, darum lassen wir das lieber.

Der traurige Höhepunkt war die Wortmeldung des Kollegen Reindl-Schwaighofer, der das Wort „Verlogenes“ verwendete. Ich warte noch immer auf eine Entschuldigung von dir und hoffe, dass die Vernunft eintritt und du das auch wirklich machst. Ich würde mir auch erwarten, dass Herr Bürgermeister Dr. Rabl hier ein klares Wort darüber verliert und nicht nur beschwichtigend darüber hinweggeht, sondern schon klipp und klar sagt, dass das hier keinen Platz hat und dass es nicht geduldet wird, dass man so mitsammen spricht. Auch nicht in einer politischen Auseinandersetzung – das gehört sich nicht! Ich erwarte, dass du das auch klarstellst!

Wels ist nicht zuständig für alle Dinge, Wels ist zuständig für die Integration. Andreas Weidinger hat genau diesen Bogen gespannt, der zeigte, was wir mit diesen Anträgen für einen Schulterschluss machen können. Wir können die Integration in Wels verstärken und verbessern. Denn da haben wir Nachholbedarf und Aufholbedarf. In allen Wortmeldungen wurde eindeutig gesagt, die Integration muss in Wels verbessert werden, und zwar sofort. Es ist Handlungsbedarf bei uns notwendig, der Integrationsbedarf muss unterstützt werden, auch finanziell und mit vielen Aktivitäten.

Alle sagten dies und das müssen wir uns heute mitnehmen – wir müssen alle an einen Strang ziehen. Danke Andreas Weidinger, er wies in seiner Wortmeldung so eindeutig und so deutlich darauf hin, dass dies unsere Zuständigkeiten sind und wir hier einen großen Handlungsbedarf haben.

Last but not least – vergessen wir bitte nicht diese Entschuldigung von StR. Reindl-Schwaighofer, der sie hoffentlich jetzt bald einmal über die Lippen bringt.

StR. Reindl-Schwaighofer: Wir können rekapitulieren – das können wir uns dann vielleicht gemeinsam im Protokoll ansehen – ich sagte Folgendes: „... Vom Innenminister bis zum Gemeinderat hier wird verlogen argumentiert.“ Es wurde heute bereits erwähnt, dass der Innenminister und Frau Minister Susanne Raab mehrmals eine Zahl verwendet haben, die sie dann anhand einer parlamentarischen Anfrage korrigieren mussten. Sie sprachen von 5.000 unbegleiteten Jugendlichen, die aufgenommen worden sind, tatsächlich waren es jedoch 186.

Zuerst erwähnte ich, dass der Innenminister in Griechenland Hilfsgüter abgegeben hat, die nicht einmal im Einsatz sind. Ich erwähnte, dass mit großem Trommelwirbel ein SOS-Kinderdorf, Kinderbetreuung angekündigt wurde - das habe ich als eine verlogene Argumentation bezeichnet. Ich sehe nicht, dass es hier etwas zu entschuldigen gäbe, sondern es geht darum, dass ich diesen Prozess als verlogen betrachte. Das ist auch

verlogen, weil man nämlich so viel schlechtes Gewissen hat, dass man zur Lüge greifen muss um sein Gewissen zu beruhigen. Das ist eine Lüge, wenn ich von 5.000 Kindern rede obwohl es 186 sind und das mehrmals wiederhole.

GR. Wiesinger: Was sich hier abspielt tut mir fast schon ein bisschen leid für die Zuseher. Du hast jetzt wieder das wiederholt und das lasse ich auf mir nicht sitzen. Du sagst wieder bis herunter zum Gemeinderat. Bitte entschuldige dich bei Andreas Weidinger. Du nanntest ihn zuerst den Spitzenkandidaten. Dann sprachst du vom Innenminister, vom Bundeskanzler bis zum Spitzenkandidaten und hast verlogen gesagt. Verlogen heißt, dass man nachweislich immer wieder wiederholt lügt, dass man boshaft ist und das lasse ich auf meinem Spitzenkandidaten und Gemeinderatskollegen nicht sitzen. Bitte entschuldige dich, das stimmt nicht!

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr! Ich versuche jetzt nochmals eine Richtigstellung. Zum Ersten Hilfsgüter ....

Zwischenruf von GR. Wiesinger: Ist das das Niveau des Gemeinderates?

Bgm. Dr. Rabl: Hilfsgüter wurden tatsächlich aufgestellt. Zweitens wurde gesagt, dass „bis zum Gemeinderat wird verlogen argumentiert“ – Johnny. Das ist tatsächlich etwas, was aus meiner Sicht auf den ganzen Gemeinderat zutrifft. Ich habe es mir extra mitgeschrieben. Du sagtest, „vom Innenminister bis zum Gemeinderat wird verlogen argumentiert“. Das ist etwas wo ich sage, das geht tatsächlich in der Wortwahl zu weit.

Ich sage es nochmals, dass diese Wortwahl aus meiner Sicht nicht akzeptabel ist und ich hoffe, dass wir wieder zu mehr Sachlichkeit zurückkehren.

GR. Mag. Teubl: Danke, wenn jetzt alle Verhaltensnoten verteilt worden sind, dann können wir ja wieder zum Inhaltlichen zurückkehren. Beginnen möchte ich mit dem Kollegen Schäfer. Dazu sage ich nur eines, ich glaube, wir haben uns hier missverstanden. In diesem Antrag geht es nicht um Integrationspolitik, nicht einmal um Migrationspolitik, in diesem Antrag geht es um Katastrophenpolitik. Denn das was in Kara Tepe passiert ist eine humanitäre Katastrophe. Humanitären Katastrophen auf humanitäre Weise zu begegnen wäre ein Gebot der Stunde. Das ist einmal die erste Klarstellung.

Das Zweite betrifft den Kollegen Schönberger. Du sagtest die GRÜNEN haben sich kein Ruhmesblatt verdient mit der Abstimmung im Parlament. Ja, das mag sein. Aber vielleicht ist dir auch bekannt, dass die GRÜNEN in einer Koalition sind, in der sie selbst mit 13 % der Stimmen vertreten sind, d.h. also der schwächere Koalitionspartner. Diese Koalition sind wir eingegangen in dem Wissen, dass es eine Koalition zweier Parteien ist, die völlig verschiedenen politischen Welten angehören. Es geht hier darum zu akzeptieren, dass diese Grundverschiedenheit der Parteien sich auch in der Politik niederschlägt und jeder in gewissen Bereichen sich durchsetzen kann und in anderen nicht. Das einmal soweit zur Klarstellung.

Auch Kollegin Scheinecker sagte sie ist enttäuscht von den GRÜNEN, weil sie da nicht mitgestimmt haben. Oder auch Kollege Hufnagl sagte, das GRÜNE-Stimmverhalten zum NEOS-Antrag hat ihn sehr enttäuscht. Ich glaube, dass diese Enttäuschung jetzt etwas scheinheilig präsentiert wird, denn wer die Berichterstattung im Zusammenhang mit

dieser Abstimmung verfolgte, der hat sehr wohl mitbekommen was die tatsächliche Haltung der GRÜNEN in dieser Frage ist. Es geht nur darum, dass wir dort, wo man normalerweise mitstimmen würde, nicht mitgestimmt haben und das aus Koalitionsrason, jawohl! Weil ein Mitstimmen hätte nämlich einerseits genau nichts bewirkt, weil auch mit den GRÜNEN keine Mehrheit für diesen Antrag im Parlament zustande gekommen und somit dieser Antrag völlig folgenlos geblieben wäre. Es hätte aber bewirkt, dass die Koalition zu Ende ist. Das hätte bedeutet Neuwahl inmitten einer Pandemie, Schluss mit dem Untersuchungsausschuss, Schluss mit Klimaschutzbemühungen, Schluss mit Bemühungen um mehr Transparenz, Schluss mit Bemühungen um eine sinnvolle Justizreform, Schluss mit der Verwirklichung des 1-2-3-Tickets und, und, und, und. Ich will das gar nicht alles aufzählen.

D.h. die Wahl vor der wir standen hieß: Glorreich untergehen oder weiterhin Sinnvolles verwirklichen. Da entschieden wir uns für Letzteres, haben aber sehr wohl klargestellt was unsere Haltung ist.

Weil der Herr Bürgermeister meint, dass es in der Migrationsfrage hier einen koalitionsfreien Raum gab, dann muss ich sie leider korrigieren, da haben sie den Koalitionsvertrag nicht richtig gelesen. Bei dieser Koalitionsvereinbarung heißt es „ausschließlich für eine Flüchtlingsbewegung in der Größenordnung von 2015.“ Also wenn es wirklich um große Migrationsströme geht, deren Bewältigung sehr schwierig ist.

Soweit zur Klärung dieser Vorwürfe. D.h. ich stehe hier oben sehr wohl mit einem sehr guten Gewissen und habe kein Problem damit, dass hier ein Beschluss oder ein Antrag der NEOS von uns im Parlament nicht mitgetragen wurde, weil es sinnlos gewesen wäre. Ich habe aber sehr wohl ein Problem damit, wenn man inhaltlich argumentiert und meint, dass wir hier nichts tun können.

Die vielzitierte Hilfe vor Ort ist natürlich etwas, das wir alle gerne verwirklicht sehen möchten und wo man sich dann schön zurücklehnen könnte und sagt, o.k. wir haben so viel geholfen, da ist wirklich was passiert. Alle Flüchtlinge leben unter menschenwürdigen Umständen in wunderschönen Flüchtlingslagern, wo man sie auch ruhig einige Jahre warten lassen kann auf ihren Bescheid – überhaupt kein Problem. Aber so ist es nicht! Sie werden gehalten wie Tiere in diesen Flüchtlingslagern und das von einer Europäischen Union, die eigentlich einen Vorschlag gemacht hat an die Nationalstaaten, nämlich den Vorschlag die Flüchtlinge adäquat aufzuteilen. Dieser Vorschlag wurde nicht zuletzt auch von Österreich abgelehnt. Das ist einmal Stand der Dinge. Nicht zuletzt deshalb krepieren dort die Menschen im Dreck. Das muss man sich einmal vor Augen halten.

Wenn dann andererseits zitiert wird 60 % der Bevölkerung lehnen die Aufnahme von Kindern aus Griechenland ab, wenn diese Umfragezahlen stimmen, was ich jetzt nicht nachvollziehen kann, dann kann ich mir das nur so erklären, dass halt Unmenschlichkeit in einem Klima von Unmenschlichkeit gedeiht. Wir sollten eigentlich als Politiker dafür sorgen, dass es ein Klima der Menschlichkeit gibt und wir sollten unsere Politik nicht an Umfragen ausrichten, sondern an unserem Gewissen.

Wir brauchen eine EU-weite Lösung, ja, das ist richtig! Aber wir bekommen sie unter anderem, weil es Österreich nicht will nicht zustande.

Zuletzt noch eine Bemerkung zur Aussage des Herrn Bürgermeisters, dass dieser Antrag wieder einmal überhaupt nichts mit Wels zu tun hat – wenn ich das so verkürzt wiedergeben darf. Das stimmt so nicht. Dieser Antrag geht erstens einmal natürlich in die Richtung, dass man feststellt wo gäbe es in Wels eine Möglichkeit in dieser Katastrophensituation die Aufnahme von besonders Betroffenen, nämlich von kleinen Kindern und Jugendlichen, zu ermöglichen.

Das Zweite wäre eben, dass man mit dieser Zahl und mit dieser Bereitschaft an die Bundesregierung herantritt und in einer Resolution kundtut „auch wir haben Platz“. Wie schon zahlreiche andere Gemeinden unterschiedlicher politischer Couleur es taten. Gemeinden mit Mehrheiten von SPÖ bis ÖVP, Freiheitliche sind mehr jetzt keine bekannt offen gestanden, vielleicht nur, weil ich mich nicht gut genug informiert habe. Aber es gibt eine Menge solcher Gemeinden, die der Bundesregierung dieses Signal gegeben haben. Es gibt auch Organisationen, wie die SOS-Kinderdörfer, die sagen ja, wir haben Platz hier in Österreich aber wir schaffen es nicht vor Ort zu helfen, weil dort unsere Bemühungen im Dreck erstickten. Daher glaube ich, dass es sehr wohl einen Sinn machen würde diesen Antrag zu beschließen, wiewohl ich jetzt nicht besonders optimistisch für eine Mehrheit bin.

Der Initiativantrag (Anlage 6) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 11 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
21 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Schindler war bei der Abstimmung zu diesem TOP nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
FD-Buch-14-2021/005

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 12.03 2021:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditoperationen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

3.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2021/006

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 12.03.2021:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 1 und 2) werden genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion, NEOS)  
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)  
angenommen.

GR. Kittenbaumer war bei der Abstimmung zu diesem TOP nicht im Sitzungssaal anwesend.

4.)

Messe Wels GmbH; Ausstellung einer Patronatserklärung  
FD-Fin-83-2021 miterledigt:  
FD-BetM-5-2021

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 12.03.2021:

1. Die beiliegende Patronatserklärung der Stadt Wels für die Messe Wels GmbH als 100%ige indirekte Eigentümerin (Anlage) wird genehmigt.
2. Die Gewährung von Barvorlagen – auch bei negativem Eigenkapital der Messe Wels GmbH – im Rahmen der haushaltsrechtlichen Vollzugsbestimmungen („Konzern-Clearing“) und die Gewährung eines Darlehens über den Bilanzstichtag 31.12. hinaus bis zu maximal 3 Mio. Euro wird genehmigt.

GR. Hufnagl: Mir fehlen zur Unterstützung dieses Antrages noch einige grundlegende Informationen. Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, liegt die Bilanz für 2020 noch nicht vor und es wird mit einem Minus von rund 1 Mio. Euro gerechnet. In den Unterlagen fehlen mir auch wie die Planungen für 2021 aussehen bzw. wie es jetzt mit Ende Februar aussieht. Vor allem aber fehlt mir ein Businessplan. Bei diesem soll von gewissen Annahmen ausgegangen werden, wo man sagt wir erstellen eine best case-Planung und eine worst case-Planung nicht nur für das aktuelle Jahr, sondern für die nächsten drei Jahre.

Wir sind uns alle einig, die Zeiten der großen Publikumsmessen sind vorbei. Die kleineren Messen erfordern eine gewisse Strategie, aber nach Covid-19 wird das auch anders aussehen. Es ändern sich einfach die Voraussetzungen. Es werden sich einige Messen ins Internet verlagern – das passiert ja jetzt schon – und es wird Hybridmessen mit Präsenz und zum Teil online geben. Natürlich wird es weiterhin Messen geben, weil die Haptik, das Ansehen, Berühren und der persönliche Austausch weiterhin wichtig sein werden, aber nicht so wichtig wie es früher war. Es wäre vermessen anzunehmen, wenn wir im Sommer (welcher Sommer?) alle durchgeimpft sind, läuft das Messegeschäft wieder sofort los. Es wird sicher einer gewissen Anlaufphase bedürfen und Jahre dauern, um wieder annähernd auf die Werte von 2019 zu kommen. Dazu fehlt mir ein Businessplan, aus welchem ersichtlich ist, wie es heuer, nächstes und übernächstes Jahr aussehen wird. Ich weiß, es ist sehr schwierig aktuell zu planen. Jedes Unternehmen muss planen und den Banken Pläne abgeben und es muss von gewissen Annahmen ausgegangen werden. So etwas fehlt mir hier einfach! Aufgrund dieser fehlenden Unterlagen werde ich mich heute der Stimme enthalten.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Die Welser Messe ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in unserer Stadt und ich bin überzeugt, dass der Begriff „Wels – die Messestadt“ durchaus noch eine große Bedeutung weit über die Grenzen von Wels, Oberösterreich und Österreich hinaus hat. Natürlich ist auch bei der Welser Messe die CORONA-Pandemie nicht spurlos vorbeigegangen. Viele Messen mussten abgesagt werden. Die durchgeführten Messen hatten wesentlich weniger Aussteller und Besucher. Dadurch kam es natürlich zu Umsatzeinbußen und das angepeilte Ergebnis konnte nicht gehalten werden.

Im Jahr 2021 wird es sehr schwierig werden eine positive Bilanz abzugeben. Deshalb müssen wir – Kollege Hufnagl – jetzt die Welser Messe unterstützen. Wir Welser Freiheitlichen stehen voll und ganz hinter dieser Patronatserklärung, weil wir jetzt die Messe unterstützen müssen, damit sie kein Problem bekommt. Es gibt natürlich diese von ihnen angesprochenen Pläne vom worst bis zum best case, diese Businesspläne.

Ich bin aber nicht überzeugt, dass die großen Publikumsmessen vorbei sind und alles online abgewickelt wird. Wenn die Menschen wieder raus dürfen und so leben wie früher, dann werden die Messen wieder gut besucht sein. Ich spreche jetzt vor allem die Energiesparmesse an. Gerade „das vor Ort sein“ macht für die Menschen Sinn. Online-Messen alleine machen keinen Sinn! Dazu gibt es messe- und europaweite Umfragen. Deshalb müssen wir diese Patronatserklärung unterschreiben auch als Zeichen der Stadt Wels nach außen.

Vzbgm. Huber dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

StR. Lehner: Danke meinem Vorredner - dem Messevizepräsidenten - für seine Ausführungen! Als Gemeinderat haben wir hier wirklich eine schwierige Situation, aber auch eine große Verantwortung. Die Messe Wels ist für sehr viele Betriebe in Wels ein Umsatzbringer, wie den touristischen Bereich und vielen Zulieferbetrieben. Sie ist aus Wels nicht mehr wegzudenken. Deshalb haben wir in Wirklichkeit fast keine Wahl und müssen heute diese Patronatserklärung beschließen. Ich war in den letzten Wochen durchaus verwundert zu lesen, einerseits steht die Messe gut da, alles ist in Ordnung und

wir denken über den Bau von neuen Messehallen nach. Andererseits ist aber zu hören wir springen als Stadt in die Presche, weil es in Wirklichkeit ohne Unterstützung der Stadt Wels nicht möglich ist den Abschluss 2020 zu erstellen, denn es braucht eine positive Fortführungsprognose für die Messe Wels.

Daher ist es nicht nur notwendig sich im Vorfeld die Vorstellungen der Messe präsentieren zu lassen, sondern es braucht mehr. Es braucht für uns alle im Gemeinderat eine Transparenz der Zahlen. Markus Hufnagl nennt das Businessplan. Was heißt das, wenn die Messe plant im bestmöglichen Jahr 2022 zwischen 700.000 und 1,2 Mio. Euro Gewinn zu machen. Im Jahr 2019 machte die Messe Wels 109.000 Euro Gewinn und wir übernehmen jetzt eine Last von 3 Mio. Euro. Es würde lange dauern die nötige Rücklagensumme wieder aufzubauen, um darüber nachzudenken Investitionen in der Messe zu tätigen. Es braucht die Transparenz der Zahlen und vor allem ein Strategiepapier, wie es mit der Messe weitergehen soll.

Es gibt die unterschiedlichsten Szenarien. Die einen glauben die Publikumsmessen kommen zurück, die anderen meinen es gibt nur mehr alles online. Die Wahrheit wird sich weisen. Es ist vor allem die Frage wo wir ins positionieren und welche Kunden wir ansprechen. Digital ist gut und schön, aber die Menschen haben eine Sehnsucht nach Haptik, nach Treffen und Dienstleistungen, um diese kennenzulernen. Das Messengeschehen ist meiner Meinung nach nicht tot. Es hat eine große Chance, wenn es ein Messemanagement gibt, welches intensiv an diesen Themen arbeitet und eine klare Strategie entwickelt. Es fehlt mir derzeit noch das Vertrauen, dass das aus eigener Kraft gelingt.

Zusätzlich zu dieser Patronatserklärung bräuchte es eine externe Begleitung der Messe Wels mit Unterstützung der Stadt Wels, um hier wirklich in die Gänge zu kommen und sich für die nächsten Jahre vorzubereiten. Ich wünsche mir den möglichst schnellen Abriss der Messehallen im Osten, realistisch ist aber 2027/2028. Das ist nicht mehr lange und 38 % des Umsatzes der Messe Wels wird in diesen alten (schäbigen) Hallen gemacht. Bitte keine Ordnungsrufe wegen diesem Begriff, denn das ist wirklich so. Laut Messedirektor will in diese Hallen kein moderner Aussteller mehr hinein und wird in diesen Bereichen an die Lüftung gedacht, so will nach oder mit Corona erst recht niemand mehr in diese Hallen.

Es braucht hier wirklich Zukunftskonzepte, eine Zukunftsstrategie, es braucht Transparenz für die Gemeinderäte, aber auch für die von der Messe Wels abhängigen Betriebe. Das sind sehr viele in der Stadt. Es geht um sehr viele betroffene Mitarbeiter, die in ihren touristischen Betrieben als Zulieferer, als Servicemitarbeiter oder als Wachtdienstmitarbeiter beschäftigt sind. Es hat einen Effekt auf die Stadt was in der Messe passiert und daher ist es wichtig nicht nur durchzuwinken und zu sagen wir können uns das leisten! Gott sei Dank können wir uns das leisten den Auftrag zu geben intensiv in die Zukunft weiter zu schauen und konkret zu planen.

GR. Ganzert: Ich möchte seitens der SPÖ-Fraktion Wels die Lanze für die Messe Wels als einen der Leitbetriebe unserer Stadt brechen. Die Messe gehört aus unserer Sicht in die DNA unserer Stadt genauso wie der Ledererturm zum Stadtplatz. Es ist eine nette Hommage, wenn man sich selber als Messestädter liest und in den Medien oftmals von Wels gesprochen wird. Mit Verlaub ist der Gemeinderat nicht der beste Ort und ich denke, hier sitzen nicht 36 Experten, die genau die Trends im Messengeschehen kennen

und wissen, wie es in den nächsten Jahren weitergeht bzw. welche richtigen Maßnahmen es braucht.

Wir müssen uns ansehen, auf wen wir uns in der Vergangenheit verlassen konnten. Dieses derzeit für die Innovationskraft verantwortliche, wieder auf das Jahr 2011 zurückgefallene Team mit sehr guten Erfahrungen hat versucht in dieser Krise daran zu arbeiten.

Auf Einladung des Herrn Bürgermeisters als oberster Eigentümerversorger fand eine Informationsveranstaltung für die Vertreter der Stadtensatzfraktionen statt. Bei dieser wurden neue Geschäftsfelder und Vorschläge präsentiert, um aus den Zahlen herauszukommen. Hier ist immer das Wort „Kaffeesudlesen - was bringt die Zukunft?“ gefallen. Wir alle können nicht sagen wie sich das laufende Jahr entwickelt. Wir alle wissen jetzt nicht was in wenigen Stunden in der Pressekonferenz der Bundesregierung verkündet wird und welche Maßnahmen uns allen bevorstehen.

Zumindest in der SPÖ-Fraktion sind wir ganz klar einer Meinung, wir brauchen die Welser Messe als Leitbetrieb für die Zukunft. Wir wissen es wird räumliche Veränderungen geben. Es muss darüber diskutiert werden. Wir müssen schauen wie schnell das geht. Wir glauben grundsätzlich an die Beständigkeit von Messen. Es werden sich viele Dinge ändern, aber die Bedeutung und Wichtigkeit für Tourismus, Gastronomie, Innenstadt und Umweltrentabilität sind hervorzuheben. Wir sind stolz als Wels ein derartig bekanntes erfolgreiches Unternehmen zu haben. Dieses kommt jetzt völlig unverschuldet in eine Phase vergleichbar mit einer Fluggesellschaft, der das Businessprinzip und die Lebensgrundlage aufgrund der Pandemie genommen wurden. Hier war ein gut eingespieltes Team, welches in vielen Bereichen marktführend in Österreich ist, nicht mehr fähig zu handeln.

Deshalb brauchen wir ein Konzept. 3 Mio. Euro sind viel Geld – wir hoffen es wird nicht in Anspruch genommen. Das liegt alles sehr weit in der Zukunft. Aber – noch einmal – wir stehen zur Messe Wels. Kollege StR. Lehner schlägt vor einen Externen zu holen. So müssen wir doch auf das Geld schauen und sehr gut damit umgehen. Ob es das Beste ist sich noch jemanden zu holen, den wir dafür bezahlen, wenn wir uns eigentlich auf ein erfolgreiches Team verlassen können, wage ich zu bezweifeln.

GR. Hufnagl: Ich muss klarstellen, dass ich nicht die Existenz der Welser Messe, noch die Umweltrentabilität, noch deren Sinn für die Stadt angezweifelt habe. Es geht mir darum, dass wir eine Patronatserklärung von 3 Mio. Euro beschließen und wir den Bürgern verpflichtet sind. Diese geben uns das Steuergeld und jetzt müssen wir dieses vernünftig und sorgfältig einsetzen. Sorgfältig heißt für mich, mit so vielen Informationen und Wissen ausgestattet zu werden, damit eine vernünftige Entscheidung getroffen werden kann.

Ich bin überzeugt, es sitzen lauter tolle Mitarbeiter im Gremium, die die Messe gut verwalten und die Geschäftsführer wissen was sie tun. Dann sollen sie es aber auch sagen und zeigen. In Wirklichkeit fehlen mir Unterlagen, die mir sagen auf längere Frist hinaus sind Konzepte, Vorschläge vorhanden. Natürlich sind wir in einer unsicheren Zeit, aber auch ich als Unternehmer muss für ein Darlehen Unterlagen, Daten und Zahlen liefern. Genauso sehe ich es hier seitens der Messe Wels. Auch diese müssen das

liefern, damit ich es entscheiden kann. Aufgrund der vorgelegten Informationen kann ich hier nicht zustimmen, auch wenn ich es gerne tun würde.

GR. Weidinger: Kollege Hufnagl, wir sind in Zeitdruck, denn wir müssen das Ganze bis Mai abgeschlossen haben, ansonsten schicken wir die Messe Wels in Konkurs. Deswegen dürfen wir uns nicht erlauben diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Ich war verwundert über die Aussage des Messepräsidenten Wimmer, der uns in der Bezirksrundschau ausrichten ließ, dass die Messe Wels perfekt finanziell dasteht und er keinen Grund für eine Hilfe sieht. Jetzt stehen wir hier und müssen uns mit einer Patronatserklärung über 3 Mio. Euro herumschlagen. Die ÖVP-Fraktion steht natürlich zur Messe Wels.

Im Gegensatz zu Kollege Ganzert denke ich, dass wir eine externe Beratung zumindest andenken sollten. Uns auszurichten, die Messe steht perfekt da und uns dann doch in diese Situation zu bringen, wirft die Frage nach externen Vorschlägen oder einer externen Begleitung auf. Nichts gegen die handelnden Personen, diese haben es bis dato sehr gut gemacht. Aber in Zeiten der Pandemie bzw. einer unklaren Zukunft betreffend die Welser Messe, sollte doch auf eine professionelle Hilfe zurückgegriffen werden. Das heißt nicht, es soll alles umgekrempelt und Millionen dafür ausgegeben werden. Aber eine Begleitung, die uns die Richtung zeigt, weil sie die Fühler am europäischen Messemarkt haben, sind wir der Welser Bevölkerung schuldig. Ich gehe in die Richtung der NEOS, wenn wir für 3 Mio. Euro die Haftung übernehmen, sollten wir auf das Geld der Bürger schauen und dieses gut anlegen für eine externe Begleitung der Messe Wels.

GR. KR. Schönberger: Die Messe Wels ist ein Leitbetrieb für Wels und leistete über 100 Jahre gute Dienste. Die Messe leistete bis zu Beginn der Pandemie sehr gute Arbeit mit dem vorhandenen Team. Jetzt können und dürfen sie keine Messen veranstalten, genauso wie im Rest von Europa keine Messen stattfinden. Ich wüsste jetzt nicht welche Experten es denn geben könnte, die den Welsern sagen wie sie ihre Kunden wieder zurückbringen könnten. Zu diesen haben sie nach wie vor Kontakt. Messen werden nach wie vor stattfinden und besucht werden. Die Frage ist nur wann es möglich ist. Sobald es möglich ist, können Konzepte erstellt werden. Die Konzepte können noch nicht auf dem Tisch liegen, weil wir nicht wissen wann wir aufmachen können, wann die Bevölkerung soweit durchgeimpft ist, damit sie wieder Messen besuchen bzw. dort ihre Arbeit verrichten können.

Wir wissen aber, dass wir der Messe Wels Planungssicherheit geben müssen. Mit dieser Haftung können sie für die Zukunft - ab dem Zeitpunkt, wenn Planungen wieder Sinn machen – planen. Es sollte der Messe die Sicherheit zugestanden werden, dass sie nicht heute vom Konkurs bedroht sind, sondern dass die Stadt Wels hinter ihr steht. Sie sollen ihre gute, bereits geleistete Arbeit, die bis vor eineinhalb Jahren gut funktionierte, weiterführen können. Deshalb ein ja zur Welser Messe und zu dieser Haftung.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber GR. Hufnagl! Es gab eine Sitzung für die Stadt senatsfraktionen, bei der der geforderte Businessplan, Strategiepapier usw. präsentiert wurden. Es wurde nur den Stadt senatsmitgliedern präsentiert, weil es dabei um nicht öffentliche Geschäftsgeheimnisse geht. Deshalb die Einschränkung auf dieses Gremium, welches der Geheimhaltung unterliegt.

Die Transparenz der Zahlen ist naturgemäß wichtig. Der Jahresabschluss ist in der Vorbereitungsphase und wird bis zum 30.06.2021 veröffentlicht. Deshalb war in der mittelfristigen Prognoserechnung diese harte Patronatserklärung erforderlich, weil in der mittelfristigen Prognoserechnung bei Annahme der Ergebnisse - so wie im Jahr 2020 - es irgendwann Liquiditätsprobleme geben könnte.

Lieber Andreas Weidinger! Ich möchte schon richtigstellen, die Messe ist ganz weit weg von einem Konkurs, denn die Messe hat derzeit noch ca. 3 Mio. Euro Liquidität auf der hohen Kante. Ausdrücklich festhalten möchte ich für die Öffentlichkeit, dass keine Konkursgefahr für die Messe besteht. Ganz im Gegenteil, wir sind gut abgesichert! Hier geht es darum in die Zukunft schauen zu können, ob das Messegeschäft sich erholt, wie wir das alle erhoffen oder ob es gleichbleibt und ähnliche Ergebnisse wie 2020/21 oder sogar 2022 zu erwarten sind. Weil damit wäre ein Aufbau dieser Reserveliquidität verbunden und die Messe Wels würde in eine schwierige Situation kommen. Das aber ist ein in die Zukunft schauen von zwei bis drei Jahren. Daher noch einmal: Die Messe ist nicht in Konkursgefahr und es ist eine ausreichende Liquidität vorhanden.

Wir beschließen jetzt ein Sicherheitsnetz für die Messe für den Fall, dass die CORONA-Krise Messeveranstaltungen nicht nur 2021 und auch 2022 gar nicht oder kaum zulässt und es gerade deshalb zu Liquiditätsproblemen kommen könnte. Wir unterstützen die Messe Wels tatsächlich nicht mit Geld, sondern es ist eine Haftung für den Fall, dass die Messe Geld braucht. Es ist völlig offen, ob das jemals der Fall sein wird. Hier sind schon noch einige „hätten, wären und können“, aber für die Bilanzerstellung und den Jahresabschluss ist es wesentlich und wichtig diese Risiken abzudecken.

Zur externen Beratung habe ich einen sehr pragmatischen Zugang. Es gibt einen Aufsichtsrat, wo die jeweils vertretenen Stadtsenatsfraktionen nach meinem Dafürhalten gute Arbeit leisteten und wenn dieser beschließt, dass eine externe Beratung erforderlich ist, dann soll die Geschäftsführung diese externe Begleitung auch einholen. Es wurde eine solche schon einmal 2016 beim Messestrategieprozess in Anspruch genommen und es würde mich freuen, wenn in diesem Fall der Aufsichtsrat auch den Stadtsenatsfraktionen die Möglichkeit gibt an diesem Strategieprozess teilzunehmen.

Ich verstehe aber, dass in der jetzigen Phase des Umbruchs eine Ist-Analyse entsprechend schwierig ist, weil ich nicht weiß was in einem halben Jahr ist. Gibt es dann noch diese Riesenpublikummessen oder eher Fachmessen oder nur mehr Fachmessen? Brauchen wir die Fläche zur Gänze oder nur zum Teil? Insofern sollte noch etwas zugewartet werden, wie sich die Märkte bewegen. Wir konnten feststellen, dass die Messen in ganz Europa massive Umsatzeinbrüche hatten. Es gab kaum eine Messe mit Umsatzausdehnung und reine virtuelle Messen sind kein Erfolgsrezept, das wissen wir. Das gilt auch bei den Strategen als sicher. Es werden wahrscheinlich Hybridmodelle sein, die in der einen oder anderen Form den virtuellen Besuch zur Ergänzung zum haptischen Angreifen sehen. Ich bin zuversichtlich mit diesem Beschluss die Zukunft der Messe abzusichern, der Messe das Sicherheitsnetz zu geben, das sie benötigt, um durch diese schwierige Zeit zu kommen und ersuche um Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)  
1 Stimmenthaltung (NEOS)

angenommen.

GR. Scheinecker, BA war bei der Abstimmung zu diesem TOP nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

5.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels  
Tätigkeitsbericht 2020  
FW-297-01-2-2021

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 09.03.2021:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2020 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahr 2020 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;  
Tätigkeitsbericht 2020  
FW-297-01-3-2021

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 09.03.2021:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2020 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für ihre Leistungen im Jahr 2020 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Betriebsfeuerwehr Energie AG, Wels, Mitterhoferstraße 100;  
Tätigkeitsbericht 2020  
FW-297-01-4-2021

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 09.03.2021:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2020 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird für ihre Leistungen im Jahr 2020 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

GR. Ing. Stojanovic, BSc: Es freut mich außerordentlich die Glückwünsche an die Freiwillige Feuerwehr Wels auszurichten. Aus den Tätigkeitsberichten geht hervor, welchen Einsatz ihr jedes Jahr aufs Neue leistet. Immer wenn Not am Mann ist, seid ihr mit eurer Mannschaft vor Ort. Auf die vom Herrn Feuerwehrkommandanten Branddirektor Ing. Franz Humer ausgezeichnete Mannschaft ist immer Verlass. Ihr leistet wirklich eine tolle Arbeit!

Lieber Franz, richte bitte deinem Team und allen Freiwilligen unseren Dank aus! Wir sehen es nicht als selbstverständlich, dass ihr wirklich für uns und für die Bevölkerung tagtäglich vor Ort seid und Hilfe leistet. Vielen Dank!

GR. Haböck: Es ist Tradition und wir wollen diese auch weiterführen, deshalb auch im Namen der Fraktion der ÖVP-Wels ein großes Dankeschön an sie. Verbunden mit einer herzlichen Gratulation zu dieser hohen Auszeichnung, die sie höchst verdient erhalten haben. Verbunden aber auch mit einem Dankeschön an alle Frauen und Männer bei der Feuerwehr Wels, die wirklich Unglaubliches leisten. Jeder, der in Vereinen oder Unternehmen engagiert ist, weiß vor welchen schwierigen Herausforderungen wir Menschen in Österreich, in Europa in dieser Pandemie stehen.

Bei der Feuerwehr Wels und den Organisationen, die zusätzlich noch für unser aller Sicherheit sorgen, ist es umso beeindruckender mit welchem Engagement diese Herausforderungen noch geleistet werden. Gerade im Nachwuchsbereich wurden große Hürden gemeistert. Auch wenn pandemiebedingt der soziale Zusammenhalt nicht präsent gelebt werden kann, so geht es in erster Linie um den Schutz der Sicherheit der Bevölkerung und dieser wir zu 110 % auch in Pandemiezeiten durchgeführt. Dafür ein herzlicher Dank an die Feuerwehr Wels, an die Betriebsfeuerwehr Fritsch und an die Betriebsfeuerwehr der Energie AG Wels. Wir alle können uns in Wels hundertprozentig auf diese Frauen und Männer verlassen. Mit oder ohne Impfung fühlen wir uns mit euch sehr sicher. Dankeschön!

GR. Kittenbaumer: Auch heuer habe ich wieder die große Ehre stellvertretend für die SPÖ-Gemeinderatsfraktion die Dankesworte an die Freiwillige Feuerwehr Wels, die Betriebsfeuerwehr Fritsch und die Betriebsfeuerwehr Energie AG richten zu dürfen. Die Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen sind auch 2020 mit viel ehrenamtlichen Einsatz,

großem Mut und Fleiß der Welser Bevölkerung zu den verschiedensten Einsätzen zu Hilfe geeilt. Bei der Freiwilligen Feuerwehr Wels waren es im Berichtszeitraum insgesamt über 2191 Einsätze oder über 13.428 Einsatzstunden. Über 33.000 Mann-Stunden wurden geleistet. Danke an das gesamte Team! Bei der Betriebsfeuerwehr Fritsch waren es 75 Einsätze und bei der Betriebsfeuerwehr Energie AG 315 Alarmmeldungen.

Neben den normalen Einsätzen, wie Brandeinsätzen, technischer Hilfeleistung, Personenrettung, Tierrettung, hat die Welser Feuerwehr sich auch in der CORONA-Pandemie als starker Partner bewährt und sehr wertvolle Unterstützungsarbeit geleistet. Beispielsweise bei der Logistik, Transport und Lagerung von Schutzmaterial, Unterstützung in der Teststraße und beim städtischen Einkaufsservice. Die bereits vom Referenten angeführte Kritik bei den Corona-Impfungen ist auch mir ein persönliches Anliegen. Es muss an die Bundesregierung appelliert werden die Durchimpfung zu priorisieren.

Natürlich möchten wir dir lieber Franz auch unseren Dank und herzliche Gratulation für die Verleihung des Großen Ehrenzeichens für die Verdienste um die Republik Österreich durch unseren Bundespräsidenten aussprechen. Danke, du hast es dir wirklich redlich verdient! Ich ersuche dich unserer Dankesworte auch an die Mitglieder des Kommandos und an alle Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen weiterzugeben. Jeder einzelne Einsatz, aber auch jeder einzelne Stunde Unterstützungsleistung betreffend CORONA-Pandemie wird von uns sehr wertgeschätzt. Ihr leistet Großartiges für unsere Stadt Wels. Bitte in Zukunft auch weiter so! Der Dank der SPÖ-Fraktion gilt natürlich der Freiwilligen Feuerwehr Wels, der Betriebsfeuerwehr Fritsch und der Betriebsfeuerwehr Energie AG. Ein Glückauf und ein Dankeschön für eure hervorragenden Leistungen!

GR. Mag. Teubl: Retten, Löschen, Bergen und Schützen! Gemäß diesem Wahlspruch ist das Spektrum der Tätigkeiten unserer Feuerwehren immer schon sehr breit. Die CORONA-Pandemie hat noch weitere Tätigkeiten und Aufgaben an die Feuerwehren herangetragen, die sie ebenso bravourös gemeistert haben. Dafür möchte ich jetzt statt großer Worte ein großes Danke sagen.

Vzbgm. Kroiß: Ich darf mich den Dankesworten anschließen!

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

Sporttherapie-Gesellschaft mbH – Abschluss eines Fruchtgenussvertrages sowie  
Raiffeisen-Impuls-Immobilien GmbH – Abschluss einer Aufhebungs- und Lösungsvereinbarung  
BK-Sport-142-2021

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 09.03.2021:

Der beiliegende Fruchtgenussvertrag (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und der Sporttherapie-GmbH sowie die beiliegende Aufhebungs- und Löschungsvereinbarung (Beilage 2) zwischen der Stadt Wels und der Raiffeisen-Impuls-Immobilien GmbH werden beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Huber dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

9.)

Vertragsnachträge Altpapieranalyse für die Sammlung von Altpapier mit der Altstoffrecycling Austria AG, INTERSEROH Austria GmbH, European Recycling Platform (ERP) Austria GmbH und Reclay Österreich GmbH  
SD-Awi-852-530-2021

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss am 08.03.2021:

Die beiliegenden Vertragsnachträge über die Regelung und Kenntnisnahme der Altpapieranalyse zur Ermittlung des Verpackungsanteiles im Rahmen der haushaltsnahen Verpackungssammlung für die Sammelkategorie Altpapier mit der

1. **Altstoffrecycling Austria AG**  
Mariahilfer-Straße 123  
1060 Wien
2. **INTERSEROH Austria GmbH**  
Ungargasse 33  
1030 Wien
3. **European Recycling Platform (ERP) Austria GmbH**  
Rennweg 9  
1030 Wien
4. **Reclay Österreich GmbH**  
Siebenbrunnengasse 17  
1050 Wien

werden beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels  
Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 72) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes  
Nr. 2/2016 (Änderung Nr. 32)  
BauR-269-05-2-2020  
BauR-269-05-9-2020

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 08.03.2021, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (72. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (32. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels  
Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 73) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes  
Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 33)  
BauR-269-05-3-2020

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 08.03.2021, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (73. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr.2/2015 (33. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 215/J.1 (Stadtteil Lichtenegg)  
BauR-269-06-12-2018

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 08.03.2021, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 215/J.1 (Stadtteil Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 402/A.1.8 (Stadtteil Neustadt)  
BauR-269-06-16-2018

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 08.03.2021, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 402/A.1.8 (Stadtteil Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Laurien Scheinecker, BA

14.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Aufnahme von Flüchtlingen aus den Lagern an der EU-Außengrenze  
Resolution an die Bundesregierung  
Verf-015-I-4-2021

GR. Scheinecker, BA: Es freut mich sehr, dass vor der Stadthalle gerade eine Kundgebung stattfindet, um auch dem Gemeinderat ins Gewissen zu reden Verantwortung für die Flüchtlinge in europäischen Flüchtlingslagern zu übernehmen. Diesen Tagesordnungspunkt hatten wir in ähnlicher Weise heute schon. Nachdem die Kollegen der GRÜNEN-Fraktion einen sehr identen Antrag eingebracht haben, werden wir uns an das Thema gewöhnen müssen, wie wir uns bei anderen Themen in der Vergangenheit an grauenhafte Bilder gewöhnen mussten.

Für manche spiele ich mich vielleicht als moralische Instanz auf, aber für mich ist es eine moralische Verpflichtung das Thema immer wieder nach vorne zu kehren und immer wieder Stellung zu beziehen. Insofern schadet es nicht zwei Mal darüber zu reden.

Die Fragestellung ist für mich ganz einfach, weil ich mich als Europäerin sehe. Ich sehe mich als Welserin, als Österreicherin, aber vor allem als Europäerin. Aufgewachsen in einem Europa, wo ich keinen Unterschied mache, ob mein Papa Pole oder Österreicher ist, wo ich mich bewegen kann, wo ich es gewohnt bin, dass ich in einem Land mit demokratischen Werten, mit hochgehaltenen Menschenwerten aufwachse und in dem ein hoher Anspruch an sich selbst gestellt wird. Einen ähnlichen Grundsatz habe ich in meiner politischen Arbeit, ich arbeite und argumentiere nie gegen meine eigenen Prinzipien und habe einen unbeirrbaren Glauben an unsere Demokratie und vor allem einen unbeirrbaren Glauben an die Menschenrechte.

Insofern sind diese zwei Anträge für mich vor allem ein Akt der Solidarität mit den Menschen, die bei uns in Wels an Kundgebungen und an Mahnwachen teilnehmen. Es ist kein lustig machen über jene, die in der Kälte für die Aufmerksamkeit zelten, sondern ganz im Gegenteil ist es ein starker Versuch uns dazu zu bewegen uns mit dem Thema auseinanderzusetzen. Für mich gibt es ein paar Dinge in diesen Flüchtlingslagern, die mit Europa nicht vereinbar sind: Keine ausreichenden sanitären Anlagen, kaum Duschen, teilweise keine Abwassersysteme, im Schlamm stehende Zelte und sich dadurch ausbreitende Krankheiten. Wir haben heute schon von kleinen Kindern gehört, die von Ratten gebissen werden. Dieses Bild sollte man sich schon vor Augen führen. Kindern mit Suizidgedanken, Unterkünfte mit 4.000 Menschen, obwohl sie nur für 650 ausgelegt sind – auf Samos (2 km von der türkischen Grenze entfernt).

In Bosnien schlafen die Flüchtlinge gleich im Freien, weil es ohnehin keine adäquaten Unterkünfte gibt. All das müssen nicht nur Erwachsene in unserem Europa aushalten, das müssen vor allem Kinder aushalten. Ist das für uns okay? Wenn das nicht so ist, dann müssen wir die Verantwortlichen in Wels, in Österreich und in Europa auffordern aktiv zu werden. Sei es mit Hilfe vor Ort oder sei es mit einem solidarischen Akt hier im Gemeinderat.

Europa ist anders und muss auch anders sein. Wir sind grundsätzlich die hochgehaltene Wiege der Demokratie, wir sind Träger eines Friedensnobelpreises. Die Demokratie, von der wir reden, geht grundsätzlich davon aus, dass alle Menschen gleich sind. Ich bin mir ziemlich sicher, würden wir vor der Stadthalle ein Kind sehen, welches im Schlamm schlafen müsste, würde jeder einzelne von uns handeln. Ich spreche niemanden ab grundsätzlich das Herz am richtigen Fleck zu haben und bei jedem vor unseren Augen liegenden Kind zu handeln. Wir würden nicht akzeptieren, dass in Wels Kinder so untergebracht sein müssen.

Sehen wir uns als Europäerinnen? Warum akzeptieren wir es dann, dass in unserem Europa so etwas normal sein darf? Es kann gesagt werden, es sei nicht unsere Verantwortung, weil sie nicht in Österreich bzw. in Wels sind. Die Frage ist, ob wir Europäer sind, dann sind diese Kinder, diese Menschen unsere Verantwortung. Glauben wir an die Tatsache, dass zwischen uns und den Menschen in diesen elenden Flüchtlingslagern kein Unterschied in Wert und in Würde besteht, dann sind sie unsere Verantwortung. Es geht nicht darum die ganze Welt zu retten, die ganze Verantwortung auf sich zu nehmen und jedes kleine Problem zu lösen.

Der Grund für diese Anträge heute ist sich in den Spiegel sehen zu können, als Europäerin, als Verteidiger der Menschenrechte, als Demokrat und nicht aus Partei-Räson und taktischen Gründen, weil Menschenrechte immer über Taktik stehen müssen.

Bei den heutigen Diskussionen dachte ich an ein nettes Beispiel. Am Anfang der CORONA-Pandemie hatten wir den Zirkus in Wels zu Gast und sie wussten nicht mehr wie sie ihre Tiere ernähren sollten, weil der Zirkus nicht mehr weiterreisen konnte. Es wurden in ganz Wels Spenden gesammelt und jeder von uns war bereit zu helfen. Es ist bei uns völlig normal zu helfen, wenn jemand nicht weiß wie er sich versorgen bzw. seine Kinder ernähren soll.

Wir sind Europäer und in unserem Europa leiden Menschen! Deshalb kommen jetzt nicht Tausende mehr, sondern die Tatsache Einzelnen zu helfen. In Österreich haben wir 2.100 Gemeinden, Europa hat 447 Mio. Bewohner. Wir können helfen – wir tun es nur nicht! Ich bitte um Diskussion und Abstimmung dieses Antrages. Vor allem bitte ich darum, dass wir auf allen Ebenen, auf denen wir aktiv sind und uns tatsächlich dafür stark machen, um diese vielgerühmten – von vielen heute schon in den Mund genommen Hilfen tatsächlich zu leisten. Danke!

Der Initiativantrag (Anlage 19) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 12 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
21 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
abgelehnt.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

GR. Walter Zaunmüller verlässt die Sitzung des Gemeinderates um 17.55 Uhr.

Berichterstatter Gemeinderat Mag Walter Teubl

15.)

Tätigkeitsbericht 2020 des Stadtrechnungshofes  
(gemäß § 39 Abs.3 StW. 1992, Novelle 34/2014)  
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
StRH-420-03-1-2020

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Kontrollausschuss am 25.02.2021, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den beigefügten Tätigkeitsbericht 2020 des Stadtrechnungshofes zur Kenntnis nehmen.

GR. Haböck: Auch dieser Punkt ist eine Tradition. Vielleicht nicht immer ganz so eine schöne Tradition wie der Dank an die Feuerwehr, denn wir wissen, dass Berichte des Rechnungshofes in früheren Zeiten nicht immer ein großer Quell der Freude waren für die Stadt Wels und die Steuerzahler. In den letzten Jahren wurden die Inhalte aber immer besser und es war spürbar, dass mehr Wert auf effiziente Mittelverwendung, Transparenz

und auf ein gutes Miteinander in den diversen Gremien gelegt wurde. In diesen können schon viele Probleme im Vorfeld aus dem Weg geräumt werden.

Im Kontrollausschuss selber haben wir auch ein sehr gutes Miteinander. Ein Dankeschön an den Vorsitzenden Mag. Walter Teubl und an die Kollegen der anderen Fraktionen. Ein großes Dankeschön für die höchst professionelle und seriöse Arbeit auch an die Leiterin des Stadtrechnungshofes, Frau Mag. Hofer und ihrem Team, die während des Umzuges und der CORONA-Pandemie zuverlässig, pünktlich, zeitnah und ausführlich uns auf dem Laufenden gehalten haben. Außerdem führen sie die Prüfungen mit großer Effizienz und Seriosität durch. Es ist wichtig, weil in einer Stadt wie Wels sehr hohe Summen im Spiel sind und mit der Höhe die Verantwortung der Mandatäre für eine effiziente Mittelverwendung und für eine gute, reibungslose Umsetzung der Verwaltung auch der politischen Projekte steigt. Danke an alle, die sich hier selbstverständlicher Weise beteiligen und ich freue mich bis zur Wahl noch über ein gutes Auskommen miteinander im Kontrollausschuss.

GR. KR. Schönberger: Im Namen der SPÖ-Fraktion möchten wir uns beim Stadtrechnungshof für die hervorragende Arbeit und Aufarbeitung der verschiedenen Punkte bedanken, die uns immer wieder nähergebracht werden. Als Gemeinderat ist man nicht in jede Detailarbeit der Abteilung eingebunden, daher sind verständlich aufbereitete Unterlagen sehr wichtig. Das gelingt Frau Mag. Manuela Hofer hervorragend. Sie begleitet uns schon seit Jahren im Kontrollausschuss. Herzlichen Dank von der SPÖ-Fraktion an ihr Team! Ich hoffe sie setzen in den neuen Räumlichkeiten diese Arbeit in dieser Art und Weise fort.

GR. Schatzmann: Auch ich möchte mich im Namen der FPÖ-Fraktion recht herzlich beim Stadtrechnungshof – speziell bei Frau Mag. Hofer – einschließlich ihres Teams bedanken. Ihre Arbeit ist hervorragend und wir sind immer sehr erfreut über ihre Berichte, die wir aufmerksam verfolgen. So können wir auch beobachten was in unserer Stadt hinter verschlossenen Türen passiert. Es ist eine hervorragende Aufgabe, die diese Abteilung leistet! Dankeschön!

Bgm. Dr. Rabl: Ich ersuche den Magistratsdirektor auch von meiner Seite und uns allen das allerherzlichste Dankeschön dem Stadtrechnungshof und insbesondere Frau Mag. Hofer auszurichten. Ganz hervorragende Arbeit und tolle Leistung in den vergangenen Jahren!

GR. Mag. Teubl: Für mich ist das jetzt einmal ein besonderes Vergnügen hier oben zu stehen in der Erwartung eines einstimmigen Beschlusses.

Bgm. Dr. Rabl: Da dieser Antrag nur zur Kenntnis genommen wird, lasse ich jetzt über die Kenntnisnahme abstimmen, damit sie zumindest teilzufrieden sind.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

GR. Mag. Sabine Brenner-Nerat verlässt die Sitzung des Gemeinderates um 18.05 Uhr.

Bgm. Dr. Rabl unterbricht die Gemeinderatsitzung von 18.02 bis 18.09 Uhr zur Abhaltung der Bürgerfragestunde.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend die Errichtung eines Betriebsgebäudes Feuerwehr auf dem Areal des Zentralen Betriebsgeländes (ZBG); Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019  
Verf-015-I-5-2021

Vzbgm. Kroiß: Bei diesem Dringlichkeitsantrag geht es um den Grundsatzbeschluss für die Errichtung der neuen Feuerwache Pernau mit Standort auf dem Areal des Zentralen Betriebsgeländes. Es war geplant diesen Antrag als Initiativantrag in den Gemeinderat zu bringen. Es wurde darüber schon im zuständigen Ausschuss vom Feuerwehrkommandanten berichtet. Leider waren kurzfristige Änderungen notwendig, sodass er letztendlich von der Tagesordnung des Ausschusses genommen werden musste.

Ich bedanke mich daher bei allen Fraktionen für die Zustimmung zur Dringlichkeit, weil wir dadurch das Bauvorhaben wie geplant durchführen können. Derzeit befindet sich die Feuerwache Pernau am Standort Linzer Straße 128, feiert heuer ihren 50. Geburtstag, ist aber am Ende ihrer Lebensdauer angelangt und entspricht in keiner Weise mehr den Anforderungen einer modernen heutigen Zeit.

Es wurde eine Adaptierung und Sanierung fachlich und vor allem kaufmännisch geprüft. Das war allerdings aufgrund der schlechten Bausubstanz nicht mehr möglich. Es gab schon seit längerer Zeit Überlegungen die Feuerwache Pernau zu verlegen und neu zu errichten, weil es eine wichtige strategische Bedeutung für den Stadtteil Pernau hat. Derzeit versehen 14 Feuerwehrkameraden aktiv dort ihren Dienst und leisten neben den regelmäßigen Übungsdiensten auch ca. 100 Einsätze pro Jahr. Ich freue mich, dass die Kameraden dann in eine moderne und adäquate Feuerwache übersiedeln können, die den Anforderungen der heutigen Zeit entspricht.

Das Ein- und Ausrücken der Fahrzeuge war immer durch die derzeitige Lage in einer Einbahnstraße sehr eingeschränkt. Wir haben auch den Vorteil einige Mitarbeiter im ZBG als Mitglieder der Feuerwehr zu haben. Dies wird die Ausrückungszeiten noch einmal verkürzen.

Der Beschlussantrag lautet, der Gemeinderat möge beschließen: Das gegenständliche Bauvorhaben betreffend „Errichtung eines Betriebsgebäudes Feuerwehr“ auf dem Areal des Zentralen Betriebsgeländes gemäß der Darstellung im gegenständlichen Amtsbericht mit veranschlagten externen Gesamtkosten in Höhe von brutto € 865.000,-- und interne Leistungen der Dienststelle Straßenmeisterei und Stadtgärtnerei in der Höhe von € 8.000,-- wird grundsätzlich beschlossen. Durch die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels wird die gesamte Ausstattung des Betriebsgebäudes in der Höhe von € 66.000,-- zur Verfügung gestellt.

Ich möchte abschließend unbedingt noch erwähnen, dass auch die Freiwillige Feuerwehr wieder einmal ihren Beitrag dazu leistet, weil sich die Freiwillige Feuerwehr auch mit 230.000 Euro an den Kosten beteiligt. Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

GR. Kittenbaumer: Wir haben von Anfang an versucht die Feuerwehr Wels in ihrem Bestreben die Feuerwache Pernau zu modernisieren so gut es uns möglich war zu unterstützen. Dazu wurde von uns im Gemeinderat im September 2018 bereits ein dementsprechender Initiativantrag gestellt. Nun ist es endlich soweit! Wir haben jetzt den Grundsatzbeschluss zur Errichtung der neuen Feuerwache auf dem Areal des ZBGs im Industriegelände.

Wir freuen uns sehr - die derzeit stationierten 14 Kameraden in der Linzer Straße 128 bekommen bald eine neue moderne Feuerwache. Natürlich hat das sehr viele Vorteile, wie die bessere Anbindung an das Straßennetz, das bessere An- und Abrücken der Fahrzeuge sowie das Arbeiten vieler Mitglieder der FFW vor Ort, sodass diese rascher einsatzbereit sind. Zusätzlich möchte ich sagen, dieser Betrieb einer Feuerwache steht grundsätzlich in keinem Konflikt mit einem Nachbarinteresse. Außerdem schlägt mein Pernauer Herz wieder höher, da dies für den Stadtteil Pernau eine große Aufwertung in positivem Sinne ist. Danke an die Freiwillige Feuerwehr Wels, die sich an diesem Projekt aus Mitteln der Kameradschaftskasse in Höhe von 230.000 Euro beteiligt. Wir begrüßen natürlich diesen Grundsatzbeschluss und stimmen selbstverständlich zu.

StR. Lehner: Danke an die Feuerwehr für das Nutzen des bestehenden Gebäudes - nun ist jedoch „end-off-lifetime“. Danke auch an alle Beteiligten in der Planungsphase. Es wurde von der Feuerwehr und den Mitarbeitern der Stadt Wels genau definiert was es für die Zukunft braucht, um für die nächsten Jahrzehnte wieder gut aufgestellt zu sein in der Pernau. Es wurden alle Anforderungen an das neue Gebäude so definiert, dass wir in der Umsetzung mit einem Generalunternehmen sehr kostensicher und effizient vorgehen können. Das hat sich in der Vergangenheit bei anderen Projekten bewährt, weil wir durch diese Vorgehensweise auch beim Grundsatzbeschluss eine sehr hohe Kostenwahrheit und Kostengenauigkeit haben. Danke der Feuerwehr, aber auch Herrn Ing. Christian Hess und seinem Team für die Vorbereitung.

Als Baureferent bin ich überzeugt dieses Projekt rasch umsetzen zu können. Parallel zu diesem neuen Feuerwehrgebäude wird das Feuerwehrbootshaus frei, welches mit seiner Lage für den Freizeitbereich und für die Freizeitnutzung der Welser eine große Bedeutung in der Zukunft spielen kann. Hier muss und soll es weitere Überlegungen zum Thema gastronomische Nutzung geben. Das ist aber aufgrund der Pandemie und auch auf Grund des Gebäudes sehr schwierig. Es muss in Alternativen gedacht und überlegt werden was dort Sinn macht. Egal ob es ein Verleih von Freizeitgeräten, wie Tret- oder Ruderboote, ist. Definitiv brauchen wir dort eine funktionierende öffentliche Toilette. Das ist wichtig für die Nutzung an der Traun.

In diesem Sinne auch Danke an die Feuerwehr dieses Gebäude so gut in den vergangenen Jahren gepflegt zu haben. Es schaut jetzt wieder wie neu aus und wir können für die Freizeitnutzung an der Traun für die Bevölkerung etwas Attraktives, Neues anbieten. Natürlich wird es dafür noch einen entsprechenden Investitionsbedarf geben. Allerdings ist das genauso notwendig wie es notwendig war in die Pernauer Feuerwehr zu investieren. Hier können wir ein entsprechend modernes Haus zur Verfügung stellen.

GR. Paulusberger: Es freut mich sehr heute einen weiteren Meilenstein beim Thema Sicherheit und Infrastruktur für die Welser Bevölkerung insbesondere für uns Pernauer zu setzen. Das Bild der Pernauer ist geprägt von Industrie und Gewerbe aber auch von wachsenden Wohngebieten und wichtigen Neubauten, wie den tollen Kindergärten.

Der Grundsatzbeschluss über die Übersiedlung der in die Jahre gekommenen Feuerwache Pernau in das Zentrale Betriebsgelände der Stadt Wels ist nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig. Das bestehende Objekt in der Einbahn Linzer Straße ist in allen Belangen nicht mehr zeitgemäß und braucht dringend eine Veränderung. Die Nähe der Feuerwache zum Industriegebiet sowie die gute Straßenanbindung haben viele Vorteile. Die Gefahrenabwehr für den Südosten der Stadt kann somit wieder voll gewährleistet werden. Die Feuerwehr als eine der wichtigsten Organisationen in unserer Gesellschaft erfährt hier in diesem Gremium die volle Unterstützung sowie Anerkennung und Dankbarkeit aller Fraktionen.

Besonderer Dank gilt wie so oft bei großen Investitionen unserem umsichtigen Finanzreferenten Bürgermeister Dr. Rabl für die Bereitstellung der Gelder. Bei unserem langjährigen Feuerwehrreferenten Vzbgm. Kroiß und bei unserem Brandschutzdirektor Feuerwehrkommandanten Ing. Franz Humer bedanke ich mich wie immer für die tolle Zusammenarbeit. Ich wünsche bei den Bauarbeiten alles Gute, keine unerwarteten Hürden und freue mich schon auf eine baldige Besichtigung im Rahmen eines möglichen Sicherheitsausschusses mit Würstel und Semmel.

GR. Hacker: Das Gebäude der Feuerwache Pernau ist baulich und technisch in die Jahre gekommen und hat einfach ausgedient. Das in der Linzer Straße bestehende Objekt entspricht einfach nicht mehr den Anforderungen und Standards betreffend die sanitären Anlagen und Garderoben.

Tatsache ist auch, die Feuerwache liegt an einer Einbahnstraße und das Ein- und Ausrücken der Mannschaft zu einem Einsatz ist stark eingeschränkt. Der Stadtteil Pernau hat ein großes Industrie- und Gewerbegebiet. Darüber hinaus wird sich das Wohngebiet laut dem Örtlichen Entwicklungskonzept natürlich auch in den nächsten Jahren stark entwickeln. Wichtig ist durch die Errichtung eines neuen Gebäudes auf dem Areal des ZBGs kann die Feuerwache Pernau gemeinsam mit den Kräften der Hauptfeuerwache im Südosten der Stadt auch in Zukunft der Bevölkerung Schutz und Hilfe zusichern.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die Zustimmung aus allen Fraktionen. Natürlich müssen wir uns überlegen was mit dem alten Bootshaus an der Traun geschehen wird. Dazu gibt es bereits Gespräche von der zuständigen Innenstadtreferentin um zu überlegen, was wir dort machen werden. Kollege StR. Lehner nahm schon vieles vorweg (Gastro- oder Freizeitzone). Ganz wichtig ist dort die öffentliche Toilettenanlage zu erhalten bzw. zu verbessern. Ich ersuche um Abstimmung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird  
einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Ausstattung der Pflichtschulen und elementarpädagogischen Einrichtungen der Stadt Wels im

Zusammenhang mit pandemiebedingten Schließungen. Ich ersuche den eingebrachten Abänderungsantrag mitzubersichtigen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Schutz der öffentlichen Pflichtschulen und elementar-  
pädagogischen Einrichtungen der Stadt Wels vor pandemiebedingten  
Schließungen  
DI-Verf-015-I-7-2021

GR. Ganzert: Ich komme gerne dem Wunsch nach und beziehe den Abänderungsantrag der FPÖ-Fraktion mit ein. Wir leben jetzt schon ein Jahr in und mit der Coronakrise. Heute ist wieder einer dieser Montage, an denen seit 18.00 Uhr bei einer Pressekonferenz der Bundeskanzler verkündet, welche neuen Schritte hinsichtlich der aktuellen Pandemiebekämpfung gesetzt werden. In den letzten Wochen sorgte ein Gerücht über die Verlängerung der Osterferien für sehr viele Ängste.

Vor über einem Jahr wurden die Schulen zugesperrt und es wurde auf Homeschooling umgestellt. Es wurde zu einer Zeit verwirklicht, in der die Lehrer, die Eltern und schon gar nicht die Kinder vorbereitet waren. Wer sich die aktuellen Zahlen ansieht wie es den Kindern und Jugendlichen dabei geht, sieht vor allem bei den Suizidzahlen erschreckende Zahlen. Es ist ersichtlich, sehr viele Kinder leiden darunter nicht in die Schule gehen zu können, nicht lernen zu dürfen, die Kameraden nicht zu treffen und haben große Ängste den Schulabschluss, die Reifeprüfung überhaupt schaffen zu können bzw. wie es mit ihnen weitergehen soll.

Das schürt viele Ängste und so fürchten viele Eltern einen neuerlichen Lockdown nach den vom Gesundheitsminister verkündeten Zahlen, dass eine dritte Welle bevorsteht. Bei genauerem Hinhören zu den Plänen der Bundesregierung der letzten Tage, soll es regionale Maßnahmen geben. Ein genereller Lockdown in ganz Österreich, von Vorarlberg bis ins Burgenland, in der jetzigen Phase wird nicht mehr den Sinn und Zweck haben, den ein Lockdown eigentlich bringen soll.

Deshalb ist es das Ansinnen der SPÖ-Fraktion Wels auch in den Schulen und elementarpädagogischen Einrichtungen regionale Maßnahmen zu setzen. Es gibt dazu einen ähnlich lautenden Antrag der SPÖ Oberösterreich. Hier gelang es leider nicht weiter darüber zu diskutieren, aber wir wollen ganz bewusst Schulen, Kindergärten und Horte - alle Einrichtungen zur Bildung der Kinder - zu einem pandemiesicheren Ort machen. Es soll eine sichere Atmosphäre erschaffen werden. Durch den Ankauf von Luftfiltergeräten soll zur Minimierung der Viruskonzentration mit möglichst wartungsfreien, geräuscharmen Geräten die Atemluft so sicher gestaltet werden, damit die Schulen nicht zugesperrt werden müssen und den Kindern mit gelinderen Mitteln ein halbwegs normaler und alltäglicher Umgang ermöglicht werden kann.

Den Abänderungsantrag der FPÖ-Fraktion nehmen wir gerne an. Wir freuen uns, dass die Grundsatzidee positiv gesehen wird und dem Referenten Entsprechendes – sogar über sein Referat hinaus - zugesprochen wird. Er soll nicht nur bei den Schuleinrichtungen, sondern auch bei den elementarpädagogischen Einrichtungen den Auftrag erhalten sich das federführend anzusehen, Planungen anzustellen und zu prüfen.

Ich hoffe diese Prüfung geht zeitgerecht vonstatten. Ich bin sehr zuversichtlich, ersuche um rege Diskussion und Zustimmung.

Bgm. Dr. Rabl: Zur Richtigstellung: Der Abänderungsantrag kommt von der ÖVP- und der FPÖ-Fraktion!

GR. Ganzert: Tut mir leid, aus meiner erhaltenen Unterlage ist das nicht ersichtlich, insofern habe ich nur einseitige Informationen erhalten. Aber danke für die Richtigstellung!

GR. Wiesinger: Dieser Antrag zeigt wieder einmal wie bunt das politische Spektrum zu diesem Thema ist. In Wien wurde dieser Antrag zu Beginn des Jahres von der Opposition eingebracht – SPÖ und NEOS haben ihn abgelehnt. Jetzt reden wir in Wels nicht über die Bundespolitik oder andere Bundesländer, sondern über diesen Antrag. Ich möchte diesen gemeinsam eingebrachten Abänderungsantrag auch begründen.

Die kostengünstigen Co<sub>2</sub>-Messgeräte werden in die Steckdosen gesteckt und geben bei einer erhöhten Co<sub>2</sub>-Konzentration Alarm. Diese lassen wir beiseite. Mir geht es um die Luftfiltergeräte bei denen es vier Möglichkeiten zur Luftfilterung gibt. Es gibt die Hepa-Filter, aber diese Hochleistungsfilter sind sehr wartungsintensiv. Wer soll diese in den Schulklassen warten? Ich hoffe nicht, dass die SPÖ-Fraktion dabei an die Pädagogen dachte.

Bei der zweiten Möglichkeit wird die Luft mit Ozon gereinigt. Allerdings kann Ozon austreten und zu Haut- oder Augenreizungen führen. Dann gibt es noch das UVC-Licht, welches in Operationssälen eingesetzt wird. Die Anwendung erfolgt allerdings nur, wenn der Raum leer ist. In einem Filtergerät eingebaut kann es passieren, dass Licht austritt und die Netzhaut empfindlich auf UVC-Licht reagiert. Es gibt dann noch Plasma-Filter, diese arbeiten nach dem ähnlichen Prinzip wie Ozon.

Was möchte ich damit sagen? Alle sich auf den Markt befindlichen Systeme haben auch Nachteile. Mir ist es ganz wichtig die Kinder zu schützen. Deshalb brachten wir diesen Abänderungsantrag ein und ich ersuche den Referenten alle auf den Markt befindlichen Systeme zu prüfen - auch die Wartung betreffend. Wer kann das machen? Kann das ein Schulwart vor Ort machen oder muss jeweils ein Techniker kommen. Die Skepsis ist nicht unbegründet, denn die deutsche Umweltbehörde meint solche Umweltluftfilteranlagen sind aus ihrer Sicht sehr umstritten und es kann nur eine Kombination sein.

Nicht, dass wir jetzt die Geräte hineinstellen, keine Masken benötigen und nicht gelüftet wird. Es muss immer eine Kombination sein. Das Robert-Koch-Institut fürchtet beim Einsatz solcher Anlagen, dass das zu einer falschen Sicherheit führt und das Lüften vernachlässigt wird. Wir sind uns alle einig: Frischluft ist die beste Möglichkeit um uns zu schützen.

Bitte alle diese Bedenken bei den Überlegungen und Prüfungen miteinfließen lassen. Ich freue mich schon auf einen Vorschlag.

GR. Schäfer, BSc, MSc: Die FPÖ-Fraktion findet den Antrag grundsätzlich begrüßenswert. Auch wir finden den aktuellen Zustand an unseren Schulen nicht nur für die Kinder unzumutbar, die enorm unter dem Defizit an sozialen Kontakten leiden,

sondern auch für die Eltern, die teilweise im Homeoffice die Schüler zuhause neben der online-Schule „bespaßen“ müssen.

Verwunderlich finden wir die Untätigkeit des Bildungsreferenten nach einem Jahr CORONA-Pandemie. Wir hörten keinerlei Vorschläge bezüglich Präventionsmaßnahmen, die an den Schulen getroffen werden könnten, damit dieses ständige Auf- und Zusperrn endlich zu Ende geht. Offenbar braucht es Kritik der eigenen Bürgermeisterkandidatin. Petra Wimmer stellt auf Facebook fest, dass den Familien langsam die Luft ausgeht und fordert die Stadt auf etwas zu tun. Das liegt aber ganz klar im Verantwortungsbereich des Bildungsreferenten. Offenbar braucht es hier die Kritik der eigenen Partei um tätig zu werden.

Wir brachten diesen Abänderungsantrag ein, weil es uns wichtig ist, dass vor allem eine technisch praktikable und umsetzbare Lösung für unsere Schulen umgesetzt wird.

StR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die Diskussion einer ganz wichtigen Angelegenheit. Es geht darum sich vorzubereiten, dass wir bei künftigen Lockdowns sehr wahrscheinlich mit regionalen Ereignissen beschäftigt sind. Es wird also darüber nachgedacht nicht über alles drüberzufahren. Durch Aufrüstungen wird uns eine Schließung dieser Einrichtungen hoffentlich erspart bleiben.

Wir sind uns einig, die Schließungen der Schulen gehen mittlerweile an die Substanz der Schüler, aber auch an die Substanz der Eltern. Was können wir als Stadt machen, um unsere Kinder vor einer weiteren totalen Schulschließung zu wappnen? Hier ist die Frage der technischen Aufrüstung unserer Schulen ein wesentlicher Beitrag dazu. Es freut mich, dass Gemeinderat Wiesinger sich über die Vor- und Nachteile erkundigte. Die Kostenrechnung in diesem Zusammenhang hängt stark damit zusammen wer die Wartung wirklich umsetzen kann. Da wir hervorragende Schulwarte in den Schulen haben, ist es eventuell möglich die Wartung von diesen durchführen zu lassen. Aber das muss noch geprüft werden.

Bei den Schließungen der Schulen geht es auch um die Schließung aller pädagogischen Einrichtungen. Für Eltern ist es eine Katastrophe, wenn sie die Kinder eigentlich nicht mehr in den Kindergarten bringen sollten. Es ist aber auch eine Katastrophe, wenn es die Hortbetreuung nicht gibt, weil die Eltern in Homeoffice Familie und Beruf nicht mehr vereinbaren können.

Das ist der Unterschied zu dem, was vor einem Dreivierteljahr war. Lässt man die Pandemie-Diskussion Revue passieren, wurde im letzten Sommer im Wesentlichen gesagt, es sei Licht am Ende des Tunnels sichtbar. Leider wird der Tunnel trotzdem immer länger. Ich glaube wir sollten – solange es noch irgendwie geht – die technischen Maßnahmen umsetzen. Das ist der Grund für die Einbringung dieses Antrages. Es war eine gemeinsame Initiative mit unserer Bürgermeisterkandidatin, die in diesem Zusammenhang nur den notwendigen gesellschaftlichen Druck aufbaute. Deshalb freut mich die Unterstützung aller der sich bis jetzt zu Wort gemeldeten Fraktionen. Natürlich wird es notwendig sein die verantwortliche Referentin für den elementarpädagogischen Bereich miteinzubinden.

GR. Ganzert: Danke für die sehr positive Diskussion! Lieber Markus, du hast dich schon sehr gut damit auseinandergesetzt und ich hoffe der Referent und das Haus dürfen im

engen Austausch mit dir daran arbeiten. Im Prozess wird sich herausstellen wer der beste Ansprechpartner ist, wenn überprüft wird welches Modell am besten geeignet ist. Danke an den Kollegen Schäfer, weil wir damit anscheinend auch die Parteilinie der FPÖ treffen. Ich hörte erst kürzlich ein Interview vom Bundesparteiobermann der FPÖ Norbert Hofer - auch dieser wünscht sich diese Filteranlagen in den Schulen.

Danke an den zuständigen Referenten, es ist in unserem aller Sinne, dass eine Schulschließung das letzte Mittel ist, welches nur angewendet werden soll, wenn es wirklich sein muss. Davor müssen wir alles andere probieren, um den Kindern wieder eine Perspektive zu geben und schulische Erfolge zu ermöglichen. Bitte um breite Zustimmung.

Der Abänderungsantrag (Anlage 3) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Vzbgm. Kroiß verweist auf den eingebrachten Abänderungsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion zu nachstehendem Dringlichkeitsantrag und ersucht diesen in die Diskussion miteinzubeziehen.

GR. Markus Hufnagl verlässt die Sitzung des Gemeinderates um 18.30 Uhr.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Nutzungsgebühr für Schanigärten für das Jahr 2021  
DI-Verf-015-I-6-2021

Bgm. Dr. Rabl: Bei dem gegenständlichen Antrag geht es darum, dass die Gastronomie unter der CORONA-Pandemie naturgemäß sehr gelitten hat und nach wie vor leidet. Im Frühjahr müssen die Schanigärten beantragt werden. In der Folge erfolgt mit der Genehmigung auch die Vorschreibung der Gebühren. Aus unserer Sicht ist es unangemessen gerade jetzt, wo die Schanigärten nicht genutzt werden können, trotzdem eine Gebühr zu verlangen. Wir haben uns daher in Absprache mit dem Wirtschaftsreferenten dazu entschieden diese Gebühr für jene, die ihren Antrag bis 30. April stellen, vorläufig zu erlassen.

Warum ist dieser 30. April so relevant für uns? Wir wollten vermeiden, dass jeder jetzt für zwei, drei Wochen einen Gastgarten beantragt, weil es nichts kostet und dann wieder nicht mehr. Das heißt, man muss eine gewisse Zeitperiode überzeugt sein einen Gastgarten zu brauchen, weil uns sonst ein entsprechend weitgehender Verwaltungsaufwand entstehen würde. Wir haben uns darüber hinaus entschlossen die Nutzungsgebühr für die Marktplatzfläche am Kaiser-Josef-Platz auf null herabzusetzen, weil

der Kaiser-Josef-Platz in der Umbauphase ist und es für die Marktfahrer aufgrund der geringen Frequenz extrem schwierig ist ausreichend Kundschaft zu finden. Auch das ist eine Unterstützungsmaßnahme, um den Markt am Kaiser-Josef-Platz aufrecht zu erhalten und entsprechend für die Zukunft fit zu machen.

Der dritte Bereich bezieht sich auf alle möglichen Werbeeinrichtungen, um Dauerbewilligungen für diese A-Ständer und Schütten im Bereich des umzubauenden Kaiser-Josef-Platzes zwischen der Bahnhofstraße und der Rainerstraße. Auch dort werden diese Dauerbewilligungen automatisch gebührenmäßig vorgeschrieben. Hier soll es für die dort betroffenen Dauerbewilligungen zu einer Nullgebührenvorschreibung kommen. Das alles wurde im Abänderungsantrag berücksichtigt.

StR. Lehner: Speziell die Erlassung der Marktgebühren ist wichtig, denn das Marktgeschehen ist ein regelmäßiger Frequenzbringer in der Stadt – alle Märkte sind wichtige Frequenzbringer. Die Beschicker machen derzeit sehr schlechte Umsätze. Daher braucht es eine Unterstützung damit sie sich nicht umorientieren und zu anderen Märkten fahren und wir dann nicht die entsprechenden Anbieter haben, wenn der Kaiser-Josef-Platz wieder attraktiver ist für den Markt und die besten Voraussetzungen bietet. Das heißt, wir helfen den Marktbeschickern über dieses harte Jahr hinweg.

Danke an alle, die hier mitstimmen. Für die Gastronomen war es ebenfalls ein sehr schwieriges Jahr. Auch das heurige Jahr scheint nicht ganz leicht zu werden. Daher ist es wichtig als Stadt Wels Signale zu setzen und dies rechtzeitig, damit wir nicht mit irgendwelchen von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen in Konflikt kommen. Wir verzichten hier klar auf Einnahmen. Das kann nicht irgendwo berücksichtigt und abgezogen werden und wir kommen nicht in die Situation den Bund zu fördern, sondern wir fördern wirklich die Unternehmer vor Ort. Das bringt die Betriebe, die sich um ihre Gäste bemühen, uns die Lebensqualität in der Stadt und die Gastgärten hoffentlich bald zurück.

Der Abänderungsantrag (Anlage 5) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird  
einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird  
einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Der Bürgermeister bedankt sich für die rege Diskussionsteilnahme, die Disziplin und erklärt abschließend diese Sitzung für geschlossen.

## **H I N W E I S für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 31.05.2021 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*